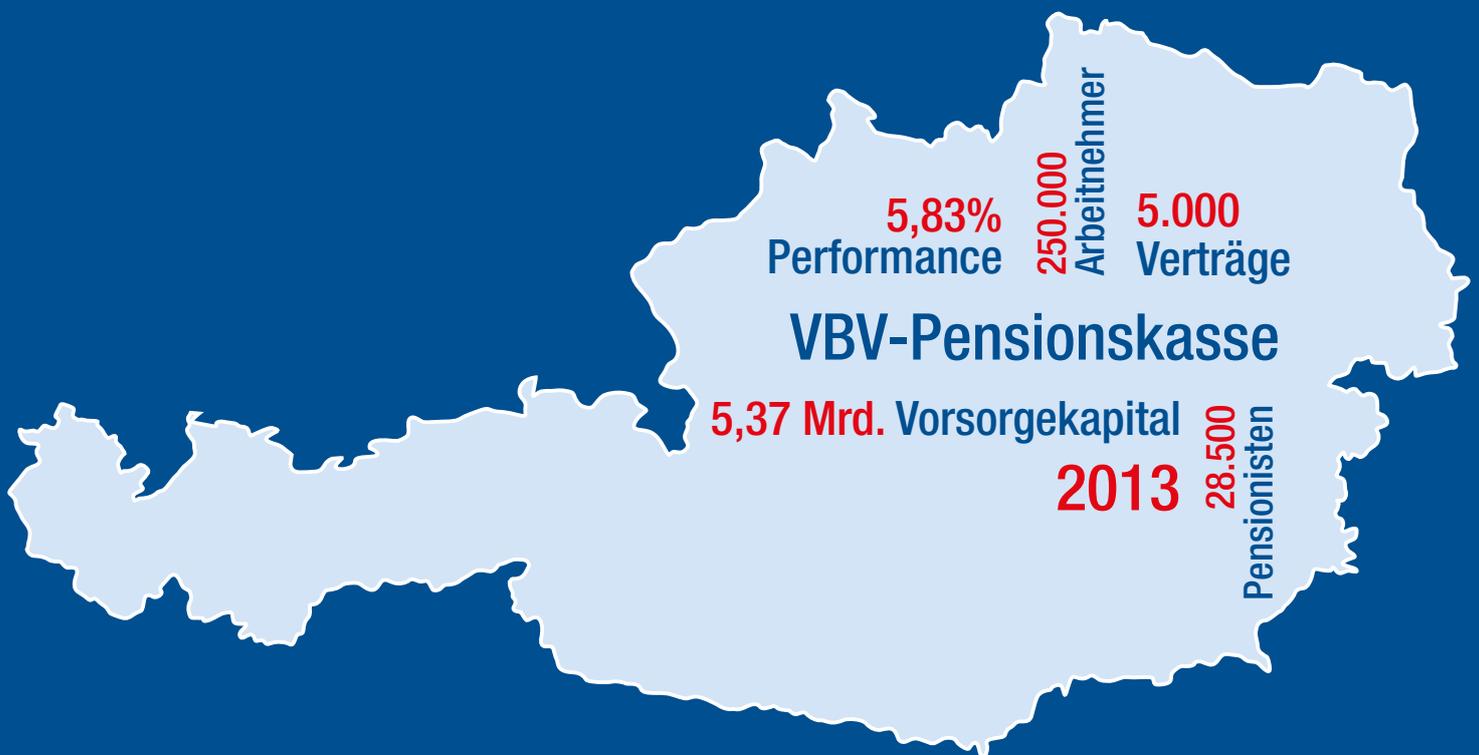


GESCHÄFTSBERICHT 2013



Abkürzungen:

AWB	Anwartschaftsberechtigte
BKV	Betriebliche Kollektivversicherung
ESG	Environmental, Social and Governance Factors
EZB	Europäische Zentralbank
Fed	Federal Reserve System (US-Notenbank)
FMA	Finanzmarktaufsicht
IBK	Information über die Beitrags- und Kapitalentwicklung
LB	Leistungsberechtigte
OeKB	Oesterreichische Kontrollbank AG
PKG	Pensionskassengesetz
SRI	Socially Responsible Investing
VBV	VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft
VG	Veranlagungsgemeinschaft
VRG	Veranlagungs- und Risikogemeinschaft

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorstandes	4
Vorwort des Aufsichtsrates	6
Ressortaufteilung	7
Lagebericht	8
Bilanz	32
Gewinn- und Verlustrechnung	34
Anhang	36
Anlagespiegel	42
Bestätigungsvermerk	44
Bericht des Aufsichtsrates	46



VORWORT DES VORSTANDES

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2013 stand im Zeichen besonders niedriger Zinsen. Der Zinssatz für Sparbücher lag im vergangenen Jahr bei unter +0,5%, eine Anleihe der Republik Österreich mit einer Laufzeit von fünf Jahren erzielte eine Rendite von gerade einmal +1,2%, und der maximale Garantiezins von Versicherungen betrug +1,75%.

Es freut uns daher, dass wir in diesem extremen Niedrigzinsumfeld ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis für unsere Kunden erzielen konnten. Mit einer Durchschnittsperformance von +5,83% lag der Ertrag nicht nur weit über dem generellen Zinsniveau, er lag auch über dem Branchenschnitt der Pensionskassen.

Wir gehen davon aus, dass diese Niedrigzinsphase noch einige Jahre anhalten wird. Umso wichtiger ist es, die Veranlagung in betrieblichen Altersvorsorgemodellen flexibel und dy-

namisch zu halten. Anlagekategorien mit Ertragspotenzial zu meiden und damit scheinbar auf Nummer sicher zu gehen würde im derzeitigen wirtschaftlichen Umfeld zu Pensionsreduktionen führen. Die VBV bekennt sich daher im Interesse ihrer Kunden zu einem aktiven und ertragsorientierten Veranlagungsstil.

Bei den derzeitigen Rahmenbedingungen hat sich besonders das VBV-Lebensphasenmodell bewährt, das den Anwartschaftsberechtigten die Möglichkeit gibt, ihr Risiko-Ertrags-Verhältnis selbst zu wählen sowie bei geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in ein anderes Veranlagungsprofil zu wechseln. Im VBV-Lebensphasenmodell haben wir in den letzten fünf Jahren einen Ertrag zwischen 4% jährlich im konservativen Portfolio und 6% jährlich im dynamischen Portfolio erwirtschaftet.



Karl Timmel
Vorstandsvorsitzender

„Die Kundenzufriedenheit hat für die VBV höchste Priorität.“

„Unsere Performance lag 2013 weit über dem generellen Zinsniveau.“



Mag. Günther Schiendl
Vorstand

Diese positive Entwicklung war mit entscheidend dafür, dass wir auch im vergangenen Jahr wieder namhafte Unternehmen für das VBV-Lebensphasenmodell gewinnen konnten. Neben Neukunden haben aber auch einige große Bestandskunden ihre betriebliche Altersvorsorge auf das Lebensphasenmodell umgestellt. Damit hat die VBV ihre führende Position bei Lebensphasenmodellen, aber auch insgesamt ausgebaut.

Die Zahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten stieg im Jahr 2013 auf rund 279.000

Personen, das veranlagte Vermögen wuchs auf über 5,37 Mrd. Euro. Somit bleibt die VBV die größte heimische Pensionskasse.

Zu verdanken haben wir diese erfreuliche Entwicklung den langjährigen guten Beziehungen zu unseren Kunden. Um diese Partnerschaften zu festigen, werden wir den Weg einer offenen Geschäfts- und Informationspolitik auch in den nächsten Jahren konsequent weitergehen und dem Ziel einer weiteren Steigerung der Kundenzufriedenheit höchste Priorität geben.

Karl Timmel
Vorstandsvorsitzender

Mag. Günther Schiendl
Vorstand

VORWORT DES AUFSICHTSRATES

Sehr geehrte Damen und Herren,

die VBV-Pensionskasse kann auch heuer wieder auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Mit einer Durchschnittsperformance von +5,83% lag die VBV deutlich über dem Branchendurchschnitt. Dieses Ergebnis ist insbesondere in Anbetracht des niedrigen Zinsumfelds bemerkenswert und wird dabei helfen, den hohen Erwartungen an eine ertragreiche Pensionsvorsorge nachhaltig gerecht zu werden. Noch wichtiger als dieses Spitzenergebnis im letzten Jahr ist aber ein langfristig guter Ertrag. Auch hier trägt die konsequente Arbeit der letzten Jahre Früchte: Viele der Veranlagungsgemeinschaften gehören auch im Fünf- und Drei-Jahres-Vergleich zu den besten der Pensionskassenbranche.



Mag. Markus Posch
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Neben den guten Ergebnissen in der Veranlagung ist aber auch die Kommunikation des komplexen Themas betriebliche Altersvorsorge wichtig. Nur wenn die Berechtigten eines Pensionskassenmodells ihre Pensionszusage kennen und die Zusammenhänge verstehen, können sie die Vorteile ihrer Pensionsvorsorge schätzen. Die VBV-Pensionskasse ist daher weiterhin aufgerufen, alles zu unternehmen, um das Thema Pensionskasse offen und sachlich zu kommunizieren.

Als besonders positive Beispiele einer sachlichen Informationspolitik können die Gründung einer unabhängigen Ombudsstelle und der 2013 im Internet zur Verfügung gestellte Vergleichsrechner für die Wechselmöglichkeiten der Pensionisten genannt werden. Diese Maßnahmen wurden auch vonseiten der Seniorenverbände sehr begrüßt. So wurde der Vergleichsrechner sogar vom Pensionistenverband zur Information der eigenen Mitglieder übernommen.

Sachliche Informationen und kompetente Beratung werden das Vertrauen der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten in die betriebliche Altersvorsorge weiter stärken und die Kundenzufriedenheit erhöhen. Sowohl für die durch die Novelle des Pensionskassengesetzes notwendig gewordene intensivere Beratungstätigkeit als auch für das überdurchschnittliche Veranlagungsergebnis möchte ich mich als Vorsitzender des Aufsichtsrates bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der VBV herzlich bedanken und sie gleichzeitig ermutigen, sich weiterhin mit vollem Engagement den zukünftigen Herausforderungen zu stellen.

Mag. Markus Posch
Vorsitzender des Aufsichtsrates

RESSORTAUFTEILUNG

(per 1.1.2014)

Vorstandsvorsitzender Karl Timmel seit 1.1.1991	Vorstand Günther Schiendl seit 1.1.2008
Büro des Vorstandes Thomas Widermann seit 1.9.1990	IT Vivek Tandon seit 1.10.2003
Kundenservice Martin Cerny seit 1.12.1996	Rechnungswesen & Controlling Renate Hahn seit 1.1.1996
Marketing Otto Lauer seit 1.4.1997	Technische Verwaltung Jutta Kurfirst seit 1.10.1996
Pensionservice Barbara Tröstl seit 1.9.2002	Veranlagung Michaela Attermeyer seit 1.8.1992
Personal Dagmar Wagner seit 18.8.2008	Verwaltung Sigrid Hofmann-Krispel seit 1.4.1997
Recht & Beratung Werner Zarbach seit 1.6.1990	
Risikomanagement Georg Cadek seit 2.11.1999	
Vertrieb Rudolf Simader seit 1.12.1996	

Gemeinsame Verantwortung	
Aktuar Rainer Köpplinger seit 1.9.1991	
Compliance	
Datenschutz	
Revision	
Grundsätze der Geschäftspolitik	
Öffentlichkeitsarbeit / Strategische Positionierung	

Das angeführte Datum bezieht sich auf den Eintritt in die Pensionskasse.

LAGEBERICHT

Das abgelaufene Geschäftsjahr war von der PKG-Novelle, die mit 1.1.2013 in Kraft trat, geprägt.

Einen erheblichen organisatorischen Aufwand verursachte die mit 31.10. befristete Optionsmöglichkeit für LB, entweder einen niedrigeren Rechnungszins zu wählen oder in eine BKV zu wechseln. Allerdings wurde diese Möglichkeit nur von einem sehr kleinen Teil der LB in Anspruch genommen. Gerade mal 2,2% wechselten in eine BKV, 0,4% wechselten den Rechnungszins. Damit blieben 97,8% der LB in der VBV. Ausschlaggebend für die geringe Wechselrate waren die in der VBV deutlich höheren Pensionsleistungen.

Auch die aufgrund der PKG-Novelle ermöglichte Durchlässigkeit bei den Durchführungswegen in der betrieblichen Altersvorsorge spielte im abgelaufenen Geschäftsjahr kaum eine Rolle. Sowohl bei den Verträgen mit den Arbeitgebern als auch bei der Anzahl der AWB und LB ist eine stabile Aufwärtsentwicklung festzustellen.

Die neue Möglichkeit zur Bildung von SubVGen – mit unterschiedlichen Veranlagungsstrategien – innerhalb einer VRG hat die VBV zum weiteren Ausbau des Lebensphasenmodells und zur Straffung der VRG-Struktur genutzt. Durch die Zusammenlegung der Lebensphasen-VRGen in eine VRG 100 konnte beim versicherungstechnischen Ergebnis ein verbesserter Ausgleich erreicht werden.

Die Anzahl der VRGen hat sich infolge dieser Maßnahme von 48 auf 39 reduziert. Die Konzentration auf weniger VRGen bewirkt eine Verbesserung bei den internen Abläufen und schafft Ressourcen, um wichtige Entscheidungen rascher und effizienter umsetzen zu können. Die VRG 100 steht sowohl neuen Kunden als auch Bestandskunden zur Umsetzung eines Lebensphasenmodells offen. 2013 sind 13 langjährige Bestandskunden in dieses neue Lebensphasenmodell gewechselt.

Durch die PKG-Novelle wurde auch eine Sicherheits-VRG mit garantierter Anfangspension in der VBV umgesetzt. Dieses neue Garantierprodukt rundet das Gesamtspektrum beim Angebot ab. Die VBV positioniert sich damit auf dem Markt als Anbieter, der von einer dynamischen, ertragsorientierten Veranlagung bis hin zu einem Garantierprodukt unterschiedliche Lösungen anbietet. AWB können diese Wahlmöglichkeit ohne zusätzliche Kosten nutzen und so ihre betriebliche Altersvorsorge an ihre persönliche Risikoneigung und ihren Veranlagungshorizont anpassen.

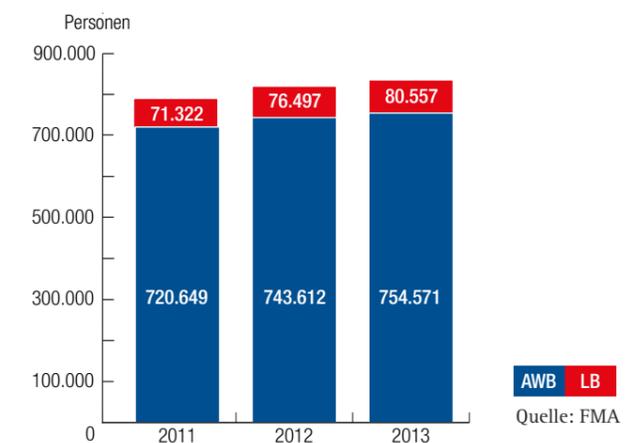
Betriebliche Altersvorsorge bleibt ein wichtiges Thema. Nach dem Kollektivvertrag der IT-Branche wurde 2013 auch für Angestellte im Baugewerbe eine Öffnungsklausel für betriebliche Altersvorsorge vereinbart – ein Zeichen dafür, dass auch bei den Sozialpartnern das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der zweiten Säule der Pensionsvorsorge zunimmt.

Entwicklung des Pensionskassenmarktes

Der österreichische Pensionskassenmarkt hat sich nach drei konstanten Jahren um eine betriebliche Pensionskasse reduziert. Seit 2013 gibt es acht überbetriebliche und acht betriebliche Pensionskassen. Die Shell Austria Pensionskasse AG hat das Vermögen ihrer AWB und LB mit Jahresbeginn 2013 auf eine überbetriebliche Pensionskasse übertragen.

Mit Ende 2013 waren rund 835.000 Personen in ein Pensionskassenmodell einbezogen. Eine Pensionsleistung aus einer Pensionskasse erhalten bereits über 80.000 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der LB um ca. 5% gestiegen.

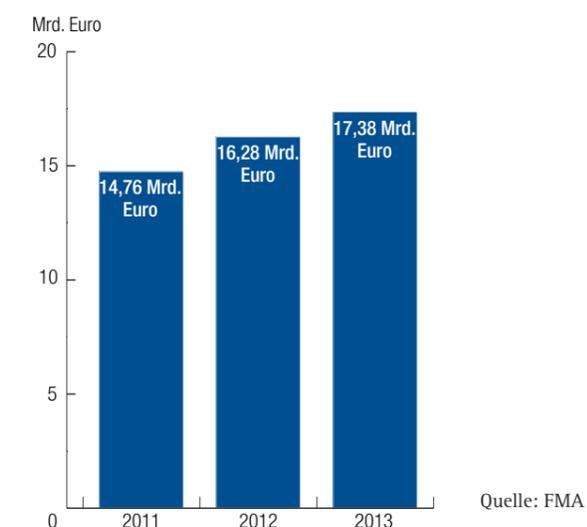
Anzahl AWB und LB aller Pensionskassen



Die heimischen Pensionskassen konnten ein zweites sehr gutes Veranlagungsjahr in Folge verbuchen. Das verwaltete Vermögen für die AWB und LB beträgt Ende 2013 rund

17,38 Mrd. Euro. Das entspricht einem Vermögenszuwachs gegenüber dem Vorjahr von über einer Milliarde Euro bzw. einem Plus von rund 6,8%.

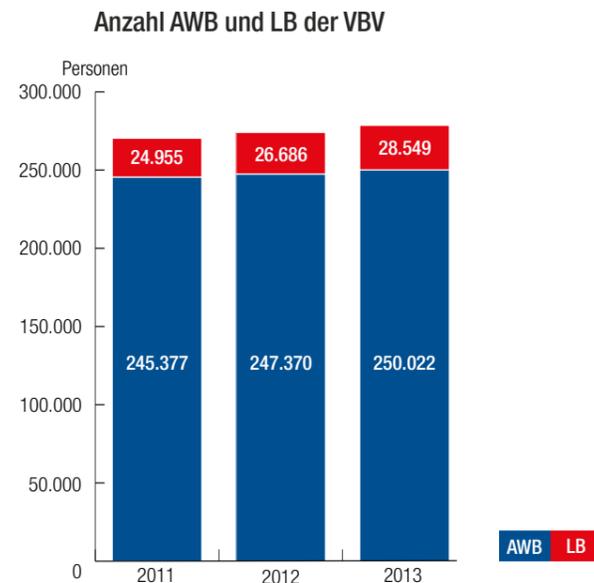
Verwaltetes Vermögen aller Pensionskassen



Entwicklung der VBV-Pensionskasse AG

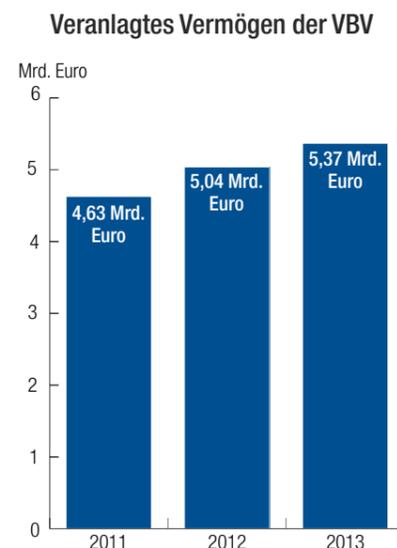
Im Jahr 2013 verzeichnete die VBV einen Zuwachs an AWB von 247.370 im Vorjahr auf rund 250.000 Personen. Die Anzahl der LB

stieg zeitgleich um ca. 7% auf über 28.500 Personen (inklusive Konsortialpartner).



Die VBV hat im Jahr 2013 ein Veranlagungsergebnis über dem Branchendurchschnitt erzielt. Das veranlagte Vermögen der VBV-Berechtigten stieg von 5,04 Mrd. Euro auf

5,37 Mrd. Euro. Mit diesem Vermögenszuwachs von über 6% bleibt die VBV die größte Pensionskasse Österreichs.



Pensionen

Im Kalenderjahr 2013 sind 1.910 Personen in Pension gegangen. Somit hat sich die Zahl der LB auf 22.804 per Jahresende erhöht (exklusive Konsortialpartner). Das bedeutet einen Anstieg um 9%. Im Jahr 2013 betragen die abgerechneten Jahrespensionen rund 154 Mio. Euro. Im Vergleich dazu wurden 2012 rund 144 Mio. Euro ausbezahlt.

2013 lag der Schwerpunkt der Tätigkeit im Pensionservice-Center auf der Umsetzung der Wechselmöglichkeiten für Pensionisten. LB konnten durch die PKG-Novelle einmalig die Option ausüben, innerhalb der Pensionskasse den Rechnungszins oder in eine BKV zu wechseln.

Vom gesamten Pensionistenbestand der VBV zum Stichtag 31.10. haben 2,2% der LB ein Angebot einer Versicherung angenommen und sind in eine BKV gewechselt. Von den 587 Wechselantragstellern wechselten somit 494 Pensionisten aus dem Pensionskassensystem in eine BKV, 93 änderten ihren Rechnungszins innerhalb der Pensionskasse. Der überwiegende Teil der LB ist somit in der VBV verblieben. Die nachstehende Grafik zeigt die Bestandsverteilung nach dem Wechselstichtag im Detail.

Ein weiterer Schwerpunkt lag bei der Information über die Möglichkeit eines Verzichts auf die Schwankungsrückstellung. LB können unter gewissen gesetzlich definierten Voraussetzungen bis Ende Oktober 2014 auf die Dotierung einer Schwankungsrückstellung individuell verzichten. Mit Stichtag 31.12.2013 haben 1.205 LB diese Möglichkeit in Anspruch genommen.

Die neuen gesetzlichen Möglichkeiten für LB führten im abgelaufenen Jahr zu einem hohen Beratungsaufwand. Die VBV hat das Service sowohl am Telefon als auch im Internet verstärkt, um LB eine optimale Hilfestellung geben zu können. Zusätzliche Serviceleistungen rund um die Novelle wurden in Form eines Kalkulators im Internet und mehrerer Sondernewsletters angeboten. Weiters wurde eine Kontaktmöglichkeit zu einem unabhängigen VBV-Ombudsmann für LB eröffnet und die Möglichkeit persönlicher Beratungstermine beim VBV – Pensionservice-Center ausgebaut. In Summe wurden über die gesetzlichen Auflagen hinaus rund 6.300 Zusatzinformationsunterlagen an Pensionisten ausgegeben. 28 Veranstaltungen für LB in ganz Österreich rundeten das Serviceangebot der VBV ab.

Wechsel der LB



Veranlagung

2013 – ein weiteres überdurchschnittlich gutes Veranlagungsjahr

Das Jahr 2013 war – wie schon 2012 – für Kunden und Berechtigte der VBV ein überdurchschnittlich gutes Veranlagungsjahr. Mit einem Veranlagungsertrag laut OeKB von +5,83% im Durchschnitt über alle VRGen konnten die passivseitigen Ertragsziele – das sind im Wesentlichen der Rechnungszins und das versicherungstechnische Ergebnis – in den meisten VRGen erreicht oder überschritten werden.

2013 war auch im Vergleich zur Gesamtbranche ein sehr gutes Jahr, weil das Veranlagungsergebnis der VBV insgesamt um 0,7% über dem Branchendurchschnitt lag. Besonders die VRGen mit hohen Rechnungszinsen und einer damit verbundenen dynamischen Veranlagung lagen mit durchschnittlich +6,8% Veranlagungsertrag um 1,7 Prozentpunkte (170 Basispunkte) sehr deutlich über dem Branchendurchschnitt. Viele AWB und LB in VRGen mit ausgewogenen Veranlagungsprofilen konnten sich ebenfalls über eine überdurchschnittlich gute Performance freuen.

Das Börsenjahr 2013

Der Start ins Jahr 2013 war gut, und die Aktien- und Anleihenmärkte konnten den Schwung aus dem Jahr 2012 mitnehmen. Das marktbestimmende Thema war auch im abgelaufenen Jahr Europa. Die budgetäre und wirtschaftliche Situation der einzelnen Staaten verbesserte sich zunehmend, speziell bei den südlichen Euroländern, wenn auch anfänglich das Wirtschaftswachstum noch auf sich warten ließ. In Europa verschob sich die Wirtschaftspolitik und besonders der Fokus der EZB deutlich von Austerität in Richtung Wachstum.

Die Staatsschuldenobergrenze in den USA und die damit zusammenhängende Angst vor einem Sturz vom sogenannten „fiscal cliff“ war schnell vergessen. Das anziehende Wirtschaftswachstum in den USA und die expansive Geldpolitik der US-Notenbank sowie Zinssenkungen der Bank of Japan und der EZB unterstützten weltweit Investitionen in ertragreiche Vermögenswerte. Bereits der Ausgang der italienischen Wahlen Anfang des Jahres und die Zypern-Krise im ersten Quartal zeigten sehr schnell, dass von Staatsanleihen schwacher Euroländer keine Ansteckungsgefahr mehr ausgeht.

2013 wird als das Jahr in Erinnerung bleiben, in dem die Angst vor einem Zusammenbrechen des Euro wieder verschwand. Die VBV hat sich einem Europessimismus nie angeschlossen und immer an ein Europa mit dem Euro als gemeinsamer Währung geglaubt. Diese Einschätzung hat sich für die Veranlagung als richtig erwiesen und sich positiv auf die Ergebnisse ausgewirkt.

Die Entwicklung auf den Finanzmärkten verlief bis in den Mai hinein relativ stabil – bis zur Ankündigung der US-Notenbank im Juni, die Anleihenkaufprogramme deutlich zu reduzieren (engl. „tapering“). Die Fed löste damit ein globales „Re-Pricing“ aller Finanzvermögenswerte aus. Der einsetzende „Abverkauf“ betraf alle Assetklassen, besonders aber Rohstoffe und Emerging-Markets-Vermögenswerte: Aktien, Anleihen und Währungen der Emerging Markets trugen große und dauerhafte Schäden davon. Allerdings wurde die Fed sehr bald Opfer ihrer eigenen Courage, ruderte zunächst verbal zurück und kündigte in der September-Sitzung unerwartet an, die Anleihenkaufprogramme vorerst noch nicht

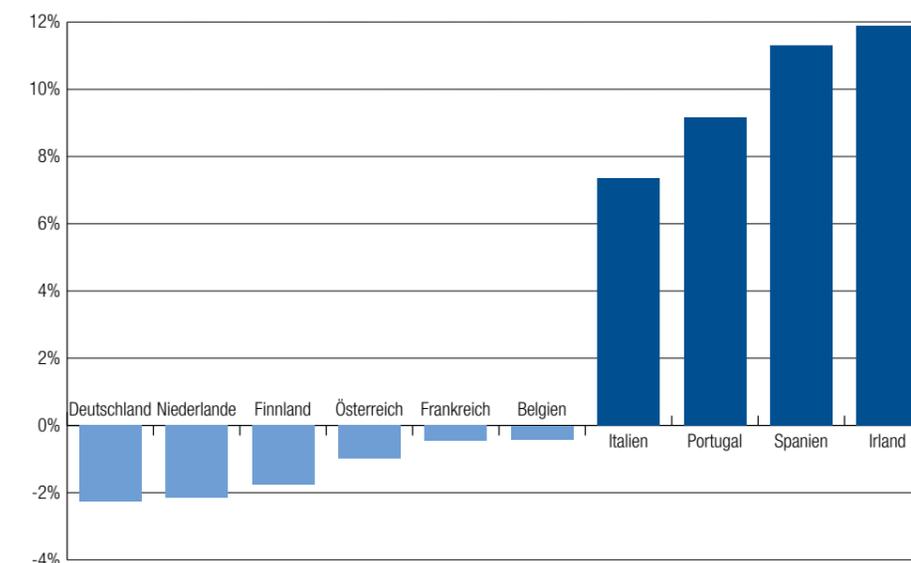
herunterzufahren. Mit der Bestellung von Janet Yellen als Nachfolgerin von Fed-Präsident Ben Bernanke erfolgte zum einen die Bestätigung der noch sehr expansiven Fed-Politik, zum anderen wurde der Prozess der Rückkehr zu einer „normalen“ Notenbankpolitik in den USA eingeleitet.

In Europa hat die EZB mit der Senkung ihres Leitzinses im November auf 0,25% deutlich signalisiert, dass sie noch länger als erwartet an der Niedrigzinspolitik festhalten und konjunkturstützend wirken wird – steigende Zinsen rückten einmal mehr in weitere Ferne.

Europas „Peripherie“ rückt zurück ins Zentrum

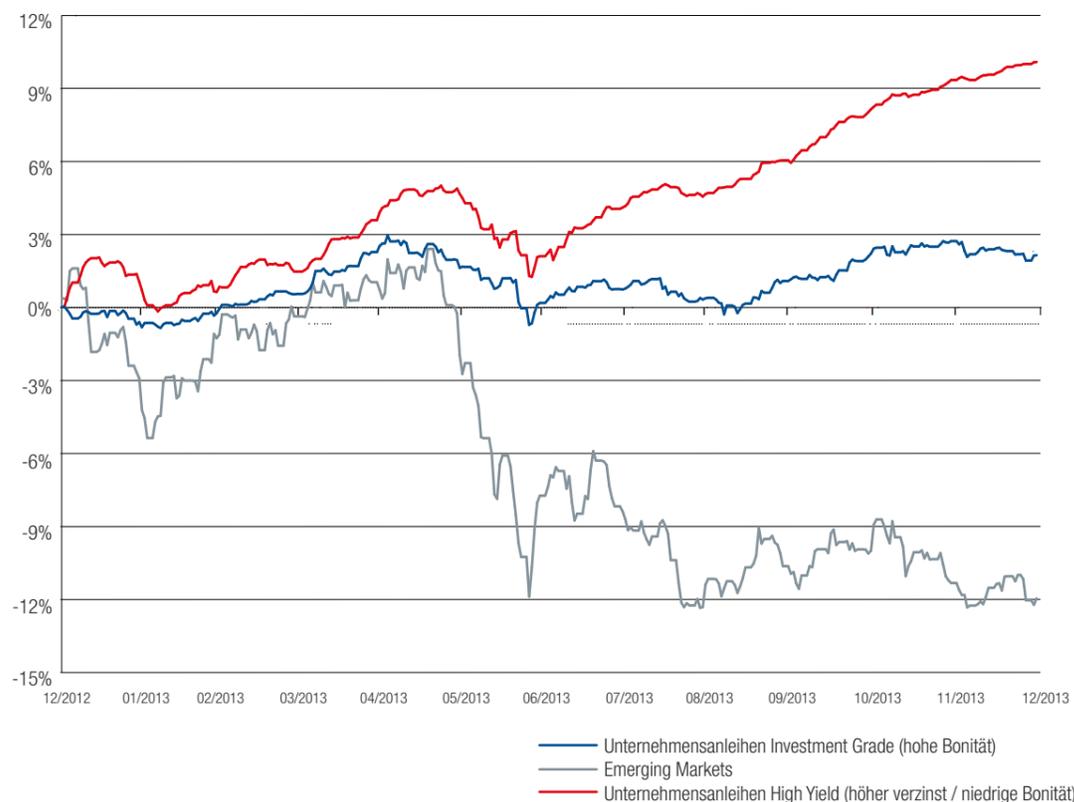
Im Bereich der Staatsanleihen zählten wie schon 2012 auch 2013 jene der europäischen Krisenländer Portugal, Irland, Spanien und Italien mit Abstand zu den stärksten Gewinnern. Dagegen erzielte man mit Anleihen der sicheren Kernländer, allen voran Deutschlands, leichte Verluste.

Performance Staatsanleihen 2013



Unternehmensanleihen profitierten weiterhin von der starken Nachfrage der Investoren, konnten aber nur mehr ein leicht positives Ergebnis erzielen. Die beste Wertentwicklung bei Unternehmensanleihen konnte wieder im High-Yield-Bereich erzielt werden (siehe Grafik Seite 14).

Performance Unternehmensanleihen 2013



Veranlagung der VBV

Anleihen

Bei Staatsanleihen hat die VBV vor allem in die „Euro-Peripherie“ investiert und die Emerging Markets fast vollständig vermieden. Beides hat wesentlich zum Erfolg der Anleihenveranlagung beigetragen – die VBV hat die Chancen in Europa genutzt. Die Unterstützung durch die EZB und das fehlende Fremdwährungsrisiko waren ein klarer Vorteil gegenüber den „überlaufenen“ Emerging-Markets-Anleihen. Etwas weniger als in den Jahren zuvor wurde in Unternehmensanleihen investiert. Die Veranlagung in Pfandbriefen wurde als Ersatz für Staatsanleihen im Euro-Kern beibehalten.

Aktien

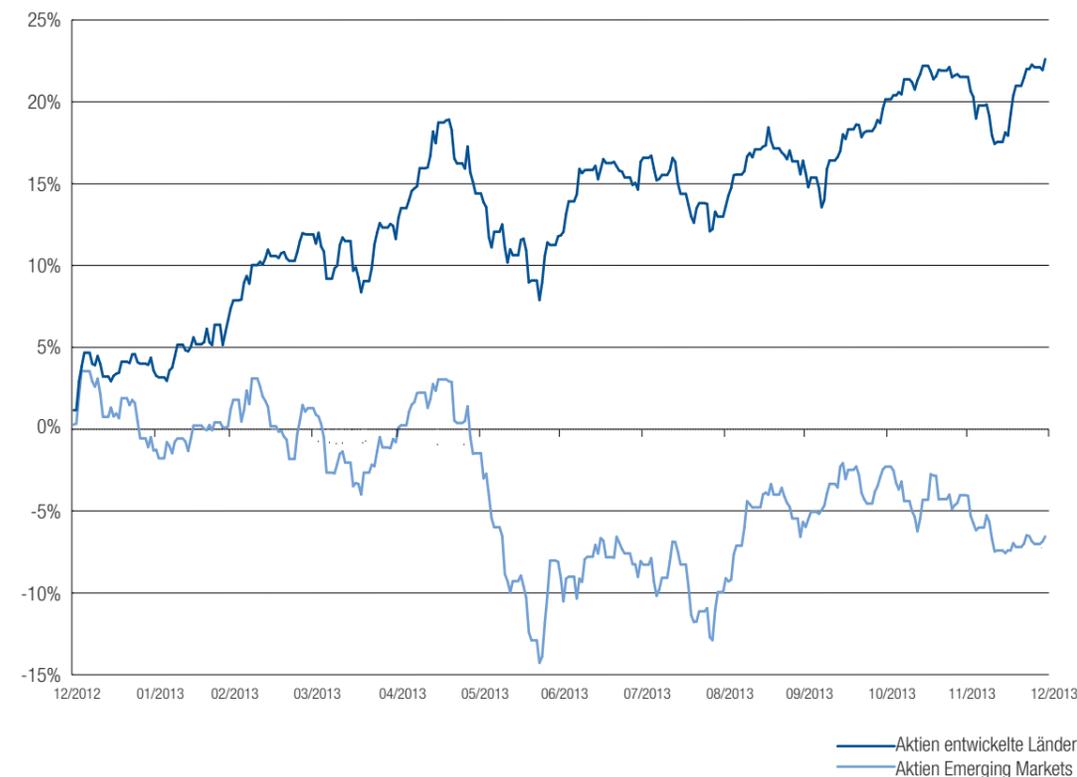
2013 war grundsätzlich ein gutes Aktienjahr, aber nicht für alle Aktienmärkte. Wie bei den Staatsanleihen waren auch bei Aktien große Unterschiede zwischen den entwickelten In-

dustrielländern und den Emerging Markets festzustellen (siehe Grafik Seite 15). Investoren litten im Bereich der Emerging Markets unter zwei negativen Tendenzen: schwache Aktienkurse und zusätzliche Währungsverluste. Dies konnte sich 2013 teilweise sogar zu einer negativen Performance addieren. Wie auch auf der Anleihe Seite hat die VBV relativ stark in europäische Aktien investiert und nur wenig in Aktien der Emerging Markets.

Rohstoffe

Die Rohstoffmärkte zeigten im vergangenen Jahr eine insgesamt negative Entwicklung, vor allem bei Gold kam es aufgrund massiver Verkäufe durch Finanzinvestoren zu einem Preisrückgang um gut ein Drittel. Hauptursache war auch hier das angekündigte „Tapering“ der Fed. Die VBV hat 2013 den Rohstoffbereich stark untergewichtet.

Vergleich der Aktienmärkte: entwickelte Länder versus Emerging Markets

**Immobilien**

Die Immobilienveranlagung entwickelte sich weitgehend planmäßig. Die Investitionen in Alterspflegeheime wurden weiter ausgebaut und stellen für die VBV einen geschäftspolitisch wie auch finanziell wichtigen Teil der Immobilienstrategie dar. Insgesamt zeigen sich aber auch hier die Effekte des 2013 stark gestiegenen Euro und des Niedrigzinsumfeldes.

Veranlagung der VBV 2013 sehr erfolgreich

Die Anlagestrategie der VBV erwies sich als richtig, die Anlageklassen Aktien und Anleihen waren die tragenden Säulen einer überdurchschnittlich guten Performance. Betrachtete man die möglichen Renditen vermeintlich „sicherer“ Anlagemöglichkeiten, musste man feststellen, dass die erzielbaren Renditen nicht einmal mehr die bereits stark gesunkenen Inflationsraten abdeckten. Ein Ende der

andauernden globalen Niedrigzinspolitik war und ist nicht zu erwarten.

Defensive Veranlagung lag deutlich über dem derzeit höchstzulässigen Garantiezins

Der Veranlagungsertrag von rund 4% in den defensiven VRGen zeigt, dass es 2013 ebenso wie in den letzten fünf Jahren für Berechtigte ertragreicher war, in einer Pensionskassen-VRG veranlagt zu sein als in einem ähnlichen privaten oder betrieblichen Garantieprodukt. Eine „Garantieveranlagung“ bietet im derzeitigen Niedrigzinsumfeld zu geringe Ertragschancen und führt langfristig zu deutlich niedrigeren Pensionsleistungen.

Überdurchschnittliche Performance in Hochzins-VRGen

Die Performance der Hochzins-VRGen ist sowohl im Ein- als auch im Drei- und Fünf-Jahres-Vergleich besser als der Schnitt aller überbetrieblichen VRGen. Aufgrund der hohen Rechnungszinsen (bis zu 6,5%) sowie des hohen Anteils an LB stellen diese VRGen eine ganz besondere Herausforderung für die Veranlagung dar, weil es gilt, den an sich unmöglichen Spagat zwischen hohem Ertrag und geringem Verlustrisiko einigermaßen zu bewältigen. In vier der letzten fünf Jahre ist dies der VBV sehr gut gelungen.

Langfristige Kapitalvermehrung

Die Veranlagungskonzepte der VBV haben sich in einem sehr turbulenten Börsenumfeld, das seit Jahren von einer globalen Niedrigzinspolitik geprägt ist, bestens bewährt. Die Lebensphasen-VRGen konnten das Pensionskapital in den letzten fünf Jahren in Abhängigkeit vom Ertragsprofil um 22% bis 33% vermehren. Damit lag der durchschnittliche jährliche Anlageertrag zwischen +4% und +6%.

Ausblick

Der Start ins Jahr 2014 ist – wenn auch turbulent – bislang gut verlaufen. Viele ökonomische Indikatoren in Europa und den USA verbessern sich weiter, der Rückgang der Renditen bei Staatsanleihen der südlichen Staaten Europas wirkt als Multiplikator mehrfach positiv. Ein Zinsanstieg auf breiter Front ist nicht in Sicht, das Niedrigzinsumfeld besteht weiter. Reine Risikovermeidung ist in dieser Situation weiterhin keine sinnvolle Option, Chancen müssen für langfristig ausreichend hohe Ansparleistungen genutzt und Risiken kurzfristig aktiv gemanagt werden.

Risikomanagement

Risikopolitische Grundsätze

Die Risikopolitik der VBV-Pensionskasse AG definiert Rahmenbedingungen, Aufgaben und Ziele des Risikomanagementprozesses und ist damit ein Kernelement der Anlagepolitik der Gesellschaft.

Als Pensionskasse unterliegt die VBV entsprechenden Regelungen des PKG sowie begleitender Verordnungen der FMA. Als kapitalgedeckte Vorsorgeform befindet sich das Unternehmen permanent in einem Spannungsfeld zwischen kurzfristigem Veranlagungserfolg und langfristigem Ansparprozess. Auf dieses Spannungsfeld müssen Veranlagung und Risikomanagement der VBV abgestimmt sein. Die jederzeit ausreichende Bereitstellung liquider Mittel, die Erzielung entsprechender Erträge sowie die Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestertragsgarantie sind die zentralen Aufgaben des Veranlagungs- und Risikomanagements der VBV.

Strategische Zielsetzung

Kernbereiche jeder betrieblichen Vorsorgeeinrichtung sind die Vermögensveranlagung und das Veranlagungsrisikomanagement. Letzteres wurde in der VBV schon frühzeitig als eigener Bereich etabliert und in den letzten Jahren konsequent zu einem umfassenden Risikomanagement für die gesamte Gesellschaft ausgebaut. Veranlagungs- und Risikomanagement tragen gemeinsam mit weiteren Bereichen wie dem Aktuariat und der internen Revision ganz zentral zur Sicherstellung der vertraglichen Leistungen bei.

Merkmale

Der Bereich Risikomanagement bündelt entsprechend den Aufgaben eines Asset-Liability-Managements Fachwissen aus den Bereichen Veranlagung, Finanz- und Versicherungsmathematik. Als eigenständiger Bereich

gewährleistet das Risikomanagement nach den gesetzlichen Bestimmungen eine simultane Aktiv-Passiv-Sicht.

Prozess

Als Basis für den Risikomanagementprozess gelten das Verständnis der VBV zu einzelnen Risikokategorien, die Festlegung der Risikotragfähigkeit und die Bestimmung von Zielgrößen. Der Prozess ist in der VBV als Regelkreis festgelegt. Grundsätzlich müssen die einzelnen Risikokategorien sowohl für sich allein als auch in aggregierter Form betrachtet werden. Das gemeinsame Betrachten qualitativer und quantitativer Aspekte dient als Grundlage zur Bestimmung der Risikotragfähigkeit sowie zur Festlegung der Zielgrößen.

Prozesstypische Elemente wie Risikoidentifikation, -analyse, -bewertung, -steuerung, -überwachung und -dokumentation gewährleisten einen strukturierten Ablauf. Die fristgerechte und regelmäßige Berichterstattung gegenüber den definierten Gremien liefert eine risikobasierte Entscheidungsgrundlage.

Der Risikomanagementprozess ist in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess eingebettet. Dieser kontinuierliche Verbesserungsprozess gewährleistet die Überwachung von getroffenen Maßnahmen auf Basis bereits umgesetzter Schritte und leistet gegebenenfalls Anstoß für weitere Maßnahmen.

Für die VBV können die Risiken in folgende Risikokategorien unterteilt werden

Marktrisiko

Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bestehende Vermögenswerte oder Aktiva aufgrund negativer Marktentwicklungen (z. B. Aktienkurse, Zinsentwicklung, Währungsschwankungen) an Wert verlieren und so für den Risikoträger ein Verlust entsteht.

Kreditrisiko

Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass dem Kreditgeber (Risikoträger) dadurch ein Verlust entsteht, dass ein Kreditnehmer (z. B. durch Insolvenz) seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefährdung von Kapital bzw. Gewinnen bei einer potenziellen Unfähigkeit, die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, ohne dabei hohe Verluste zu erleiden.

Operationelle und technologische Risiken

Unter operationellen Risiken versteht man die Gefahr von Verlusten als Folge von unangemessenem Verhalten oder Versagen von Mitarbeitern, internen Prozessen oder Systemen oder aufgrund externer Ereignisse.

Risikokonzentration

Unter Risikokonzentration versteht man die Gefahr, die durch die Aggregation von Einzelrisikopositionen wie Garantiegebern, Managern, Sektoren o. Ä. entsteht und zu substantziellen Verlusten des Risikoträgers führen kann.

Die allgemein gebräuchliche und in der VBV verwendete Definition von Risiko, Risikokategorien und weiteren damit im Zusammenhang stehenden Begriffen deckt sich mit den Angaben der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank, auf deren Websites entsprechende Definitionen ersichtlich sind:

www.fma.gv.at
www.oenb.at/Service/

Im Folgenden werden diese, sofern für die VBV relevant, erörtert.

Veranlagung des Finanzvermögens

Per Stichtag 31.12.2013 beträgt das Finanzvermögen der VBV insgesamt rund 178,0 Mio. Euro.

Das Finanzvermögen der VBV ist in festverzinsliche und variabel verzinsten Anlagen investiert.

Zur Erfassung des Bonitätsrisikos wird die Einstufung der Bonität – soweit vorhanden – mithilfe anerkannter Agenturen wie Standard & Poor's oder Moody's vorgenommen. Der Bestand an Anleihen und Schuldscheindarlehen ist nahezu ausschließlich dem Investmentgrade-Bereich zuzuordnen, wobei einzelne Emissionen über keine Bewertung durch eine Ratingagentur verfügen. Die im Bestand des Finanzvermögens befindlichen Finanzinstrumente sind per Bilanzstichtag im Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip, im Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Aufteilung des Finanzvermögens zum 31.12.2013 nach Assetklassen	PK AG
Aktien Einzeltitel	0,00
EUR Staatsanleihen	77.411.328,12
EUR Bankanleihen	29.790.621,00
EUR Bankanleihen GGB*	11.359.955,00
EUR Corporates	9.182.702,50
EUR Pfandbriefe	11.971.370,00
EUR Ergänzungskapital	12.023.552,75
Darlehen	13.095.000,00
Cash	13.187.492,73
Gesamt	178.022.022,10

Marktrisiko

Marktrisiko besteht für den Aktienbereich aktuell keines. Ein Fremdwährungsrisiko entsteht unter anderem durch Investitionen in Titel, die nicht in Euro denominiert sind. Im Portfolio sind per Stichtag keine Titel in Fremdwährungen investiert. Das Zinsrisiko ist eine Risikokategorie, der die VBV ausgesetzt ist. Diesem Risiko wird ex ante durch ei-

ne vorsichtige und diversifizierte Ausrichtung begegnet. Schwankungen im Bereich der Euro-Zinskurve beeinflussen entsprechend den Wert des Finanzvermögens der VBV.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Auswirkungen verschiedener Szenarien auf das Finanzvermögen der VBV:

Aufteilung des Finanzvermögens zum 31.12.2013 nach Assetklassen	FMA Stressszenario 1		FMA Stressszenario 2		BAFIN RA25	
	Stressrendite	PK AG	Stressrendite	PK AG	Stressrendite	PK AG
Aktien Einzeltitel	-40,00%	0,00	-20,00%	0,00	-20,00%	0,00
EUR Staatsanleihen	-20,00%	61.929.062,50	-10,00%	69.670.195,31	-5,00%	73.540.761,71
EUR Bankanleihen	-20,00%	23.832.496,80	-10,00%	26.811.558,90	-5,00%	28.301.089,95
EUR Bankanleihen GGB*	-20,00%	9.087.964,00	-10,00%	10.223.959,50	-5,00%	10.791.957,25
EUR Corporates	-20,00%	7.346.162,00	-10,00%	8.264.432,25	-5,00%	8.723.567,38
EUR Pfandbriefe	-20,00%	9.577.096,00	-10,00%	10.774.233,00	-5,00%	11.372.801,50
EUR Ergänzungskapital	-20,00%	9.618.842,20	-10,00%	10.821.197,48	-5,00%	11.422.375,11
Darlehen	-5,00%	12.440.250,00	-15,00%	11.130.750,00	-5,00%	12.440.250,00
Cash	0,00	13.187.492,73	0,00	13.187.492,73	0,00	13.187.492,73
Gesamt		147.019.366,23	Gesamt	160.883.819,16	Gesamt	169.780.295,63

*GGB: government-guaranteed bond

Die auf Seite 19 dargestellten Beispiele zeigen verschiedene krisenhafte Marktpreisveränderungen. Die ersten beiden sind Vorgaben für Stressszenarien, die die FMA für Pensionskassen vorgibt, die mit „BAFIN“ titulierte Variante stammt von der deutschen Aufsichtsbehörde. Vor allem das „FMA Stressszenario 1“ stellt dabei eine Extremsituation dar. Für alle Szenarien gilt, dass dabei diversifizierende Korrelationsannahmen nicht in die Kalkulation eingehen.

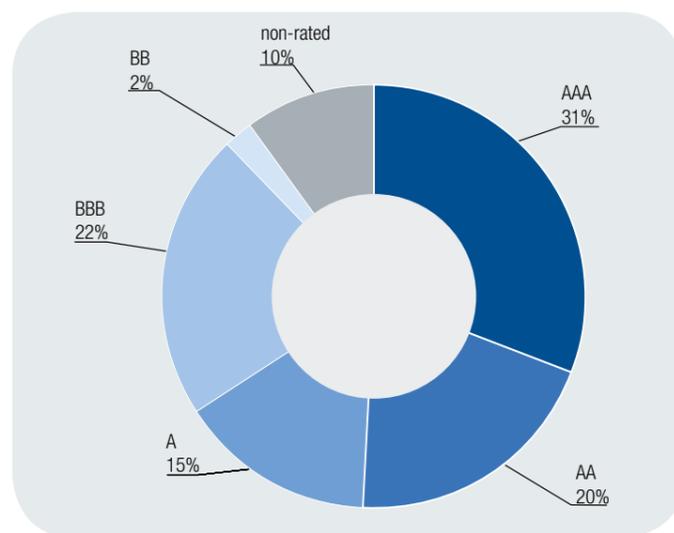
Hinsichtlich der Auswirkungen auf die nationalen solvenzrechtlichen Eigenmittelvorschriften wird auf ein Spezifikum der Pensionskasse verwiesen. Grundsätzlich gilt für die VBV, dass ein kapitalmarktbedingter Stress, der zu starken Veränderungen der Marktpreise führt, sowohl das Finanzvermögen als auch die Basis für die solvenzrechtlichen Anforderungen, die Deckungsrückstellung, gleichermaßen beeinflusst.

Für die Pensionskasse gilt dabei als Vorgabe der § 7 (1) PKG, wonach zumindest 1% der Deckungsrückstellungen, ohne Berücksichtigung der VRGen mit unbeschränkter Nachschusspflicht seitens des Arbeitsgebers und ohne Mindestertragsgarantie, als Basis heranzuziehen ist. Die Höhe allfälliger drohender Einschüsse aus dem Titel Mindestertrag gemäß § 2 (2) PKG, die zu dotierende Rücklage gemäß § 7 (3) PKG und die daraus resultierenden Effekte für das Finanzvermögen werden im Kapitel „Veranlagung der Anwartschaften und Pensionen in der VBV-Pensionskasse AG“ erläutert.

Kreditrisiko

Zur Einschätzung der Bonität von Emittenten oder Kontrahenten werden Ratings von anerkannten Quellen herangezogen. Nachfolgende Grafik zeigt die Aufteilung des Bestands an Renten sowie Darlehen nach Ratings. Der Anteil an „non-rated“ Investments in dieser Abbildung umfasst einzelne Emissionen, die über kein Rating verfügen.

Aufteilung der Renten und Darlehen nach Ratings (31.12.2013)



Liquiditätsrisiko

Die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen ist durch das Halten von liquiden Mitteln in Form von Bargeld sowie durch die jederzeit gegebene Möglichkeit zum Verkauf ausreichender marktgängiger Wertpapiere gewährleistet.

Zusätzlich zeigen nachfolgende Abbildungen die Fälligkeitsstruktur im Bestand, aufgeteilt nach Anlagevermögen und Umlaufvermögen:

Fälligkeitsstruktur Anlagevermögen	PK AG
ohne Fälligkeit	0,00
bis zu einem Monat	3.001.500,00
mehr als einem Monat bis zu zwölf Monate	30.202.122,75
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahre	51.739.792,62
mehr als fünf Jahre bis zu zehn Jahre	61.753.065,50
mehr als zehn Jahre	13.155.126,00
Gesamt	159.851.606,87

Fälligkeitsstruktur Umlaufvermögen	PK AG
ohne Fälligkeit	13.187.492,73
bis zu einem Monat	0,00
mehr als einem Monat bis zu zwölf Monate	705.787,50
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahre	0,00
mehr als fünf Jahre bis zu zehn Jahre	4.277.135,00
mehr als zehn Jahre	0,00
Gesamt	18.170.415,23

In der Darstellung sind die grundsätzlichen Fälligkeiten angeführt, womit implizit reguläre Marktphasen angenommen werden. Aufgrund temporärer krisenhafter Umstände kann auch bei grundsätzlich liquide handelbaren Produkten die Handelbarkeit vorübergehend nicht bzw. nur mit entsprechenden Abschlägen gewährleistet sein.

Operationelle und technologische Risiken sowie unternehmensweites Risikomanagement

Das operationelle Risiko ist die bestimmende Risikokategorie in operativen Abläufen. Operationelle Risiken werden durch das Zusammenwirken von Mensch und Organisation, Geschäftsprozessen, Technologie und externen Risiken beeinflusst.

Aus Sicht der VBV sind eine fundierte Ausbildung und gute Qualifikation aller Mitarbeiter entscheidend. Laufende Personalentwicklung und Weiterqualifizierung gewährleisten ein adäquates Niveau. Vertretungsregelungen wirken dem Risiko des Ausfalls von Schlüsselkräften entgegen. Das installierte interne Kontrollsystem und ein durchgängiges Vier-Augen-Prinzip sind in Kraft.

Die von der VBV gewählte Organisationsstruktur und die daraus folgende Funktionstrennung bilden die Basis zur Begrenzung des Risikos. Hinsichtlich Kompetenzen, Zeichnungsberechtigungen und Vertretungsregelungen sind klare Verantwortungen definiert. Wichtige Arbeitsabläufe sind in einem einheitlichen Prozessmanagementsystem dokumentiert und wurden allen Beteiligten zur verbindlichen Einhaltung kommuniziert.

Technologische Risiken werden durch entsprechendes Augenmerk auf laufende Systemprüfung und Abnahme von geprüften Systemen sowie durch ausreichende Dokumentation aller Prozesse erfasst.

Neben einer der Kernaufgaben des Risikomanagements, dem Veranlagungsrisikomanagement, werden alle Kernbereiche der Gesellschaft in einen unternehmensweiten einheitlichen Risikomanagementprozess integriert – mit der Zielsetzung, der Geschäftsführung einen ganzheitlichen Risikobericht zu liefern.

Veranlagung des Vermögens der AWB und LB

Per Stichtag 31.12.2013 wird das Vermögen der AWB und LB in 39 VRGen der Pensionskasse verwaltet. Das Vermögen der VRG stellt ein bilanzrechtliches Sondervermögen dar. Im Folgenden wird die spezifische Situation dargestellt:

Veranlagung der Anwartschaften und Pensionen in der VBV-Pensionskasse AG

Die Veranlagung des Vermögens der VRGen erfolgt im Hinblick auf § 2 PKG unter dem Aspekt der Sicherheit, der Rentabilität, des Bedarfs an flüssigen Mitteln sowie der angemessenen Mischung und Streuung der Vermögenswerte.

Ein pensionskassenspezifisches Risiko der VBV besteht aufgrund der möglichen Zuschussverpflichtung gegenüber den VRGen aus dem Titel „Mindestertrag“ gemäß § 2 (2) bis (4) PKG.

Zur Bewertung der Höhe der potenziellen Zuschüsse wird der Kapitalverlauf dabei unter Zugrundelegung der für die nächsten Jahre erwarteten Portfoliorendite prognostiziert, die sich auf Basis finanzmathematischer Berechnungsmodelle ergibt. Dabei werden für

die Aktivseite der VRGen unter Zugrundelegung der aktuellen Anlagestrategie regelmäßig die erwartete Portfoliorendite und die erwartete Portfoliovolatilität bestimmt, die erwarteten Zuschüsse werden danach auf Basis einer stochastischen Modellierung ermittelt. Dieser Ansatz wird laufend insbesondere in Bezug auf die Gültigkeit der getroffenen Annahmen kontrolliert und gegebenenfalls angepasst. In Stressszenarien wird zudem in periodischen Intervallen geprüft, wie die VRGen auf krisenhafte Veränderungen des Kapitalmarktes reagieren.

Die Bildung einer Mindestertragsrücklage ist nur für Verträge mit einer Mindestertragsgarantie verpflichtend. Diese Rücklage wurde per Stichtag 31.12.2013 in der gemäß § 7 (3) PKG vorgeschriebenen Höhe von 3% der zu berücksichtigenden Deckungsrückstellung dotiert.

Das Risiko potenzieller Zuschüsse aus dem Titel „Mindestertrag“ über die nächsten fünf Jahre für die im Mindestertrag verbliebenen Aktiven und Pensionisten erscheint durch die Mindestertragsrücklage ausreichend gedeckt.

Compliance-Bericht

Unter Compliance wird die Einhaltung nationaler und europarechtlicher Vorgaben (Gesetze, Richtlinien und Verordnungen) sowie ethischer und moralischer Grundsätze verstanden. Bei jedem Unternehmen gibt es einen anderen Schwerpunkt, der sich aus der Geschäftstätigkeit sowie den jeweiligen Aufsichtsgesetzen ergibt.

Die Geschäftstätigkeit der VBV besteht in der treuhändischen Verwaltung des Vermögens der AWB und LB, was mit der Veranlagung von Pensionskassenbeiträgen verbunden ist.

Die VBV unterliegt als Pensionskasse mehreren Aufsichtsgesetzen sowie der Aufsicht der FMA. Aus Sicht der aufsichtsrechtlichen Compliance liegt der Schwerpunkt im PKG sowie dem Börsegesetz 1989.

Pensionskassen sind gemäß § 48s i. V. m. § 82 Abs. 5 Börsegesetz 1989 verpflichtet, ge-

eignete Maßnahmen zur Vermeidung von Insidergeschäften zu treffen. Die VBV hält diese Vorgaben ein.

Die Compliance-Richtlinie der VBV setzt die gesetzlichen Vorgaben sowie den Standard Compliance Code der österreichischen Pensionskassen um. Das Compliance-Regelwerk ist auf die tatsächliche Geschäftstätigkeit und Organisationsstruktur der VBV zugeschnitten. Das Regelwerk basiert auf dem Grundsatz der Integrität, dient der Verhinderung von Abhängigkeiten und Interessenverflechtungen, die die Kunden schädigen oder den Kapitalmarkt in unfairer Weise beeinflussen sowie dem Ansehen der VBV abträglich sein könnten.

Im Berichtsjahr gab es weder Meldungen über compliancerelevante Informationen oder Sachverhalte noch Verstöße gegen die Compliance-Richtlinie.

Mitarbeiter

Die Marktführerschaft der VBV beruht zu einem Großteil auf dem Engagement, dem Verantwortungsbewusstsein sowie der fachlichen und sozialen Kompetenz ihrer Mitarbeiter. Die Förderung der Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiter ist ein wichtiges Anliegen, denn gut ausgebildete und erfahrene Mitarbeiter sind eine wichtige Voraussetzung für die Kundenzufriedenheit. Deshalb konzentrierte sich die Personalentwicklung im vergangenen Geschäftsjahr auf die Vorbereitung der Mitarbeiter auf die anspruchsvolle Kundenberatung im Hinblick auf die PKG-Novelle und die dadurch entstandenen Optimierungsmöglichkeiten.

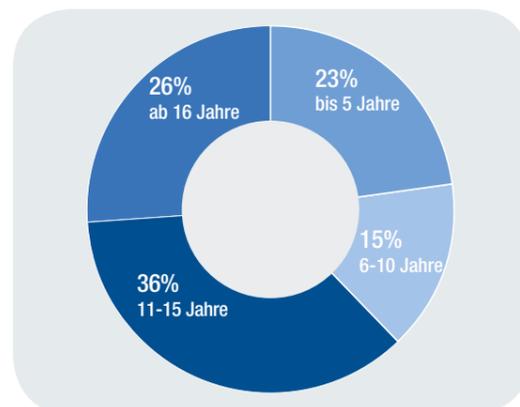
Die durchschnittliche Firmenzugehörigkeit der Mitarbeiter von 13 Jahren zeigt eine hohe Verbundenheit mit dem Unternehmen. Voraussetzung dafür sind einerseits die vorausblickende systematische Weiterentwicklung und Qualifizierung der Mitarbeiter und andererseits eine hohe Arbeitsplatzsicherheit, intensive Bemühungen um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz, die gewährleisten, dass sich die Mitarbeiter wohlfühlen und gerne für die VBV arbeiten.

Bei den maßgeblichen Fachexperten und Wissensträgern kann die VBV auf Mitarbeiter mit langjähriger Firmenzugehörigkeit zurückgreifen. Diese Kollegen werden nicht nur aufgrund ihres umfassenden Wissens, sondern vor allem auch wegen ihres persönlichen Wirkens als sehr wertvolle und prägende Mitarbeiter geschätzt.

Die VBV misst dem betrieblichen Gesundheitsmanagement einen hohen Stellenwert bei und bietet den Mitarbeitern unterschiedliche gesundheitsfördernde Leistungen an. Das Spektrum des Angebots reicht von Vorsorgeuntersuchungen und medizinischer Betreuung im Unternehmen über interne Sportmöglichkeiten bis hin zur freien Obstentnahme.

Die betriebliche Altersvorsorge ist in der VBV ein maßgebliches Element der Vergütungspolitik. Neben dem vereinbarten Arbeitgeberbeitrag erhalten jene Mitarbeiter, die einen Eigenbeitrag maximal bis zur Höhe dieses Arbeitgeberbeitrags leisten, einen zusätzlichen Arbeitgeberbeitrag, der in das VBV-Lebensphasenmodell einbezahlt wird. Es freut uns ganz besonders, dass mehr als fünfzig Prozent aller Mitarbeiter dieses Angebot angenommen und dadurch für ihre Vorsorge Verantwortung übernommen haben.

Firmenzugehörigkeit der VBV-Mitarbeiter



Umwelt

Ein Hauptschwerpunkt lag im abgelaufenen Jahr auf einem verstärkten Ausbau unseres Online-Kundenportals. Die Nutzerzahl konnte 2013 auf rund 17.000 User vervierfacht werden. Die Abwicklung der Geschäftskommunikation über das Internet führt zu einer deutlichen Reduktion des Papierbedarfs. Im Online-Kundenportal können Kunden Dokumente hochladen und der VBV digital übermitteln. Auch Dokumente der VBV können den AWB und LB über dieses Postfachsystem elektronisch zugestellt werden. Die Serviceabteilungen sind angewiesen, zuerst die Onlinezustellung anzubieten. Diese Vorgangsweise wird von Kundenseite sehr positiv aufgenommen, weil damit auch der Postweg entfällt und die gewünschten Unterlagen sofort verfügbar sind. Außerdem bleiben die Dokumente archiviert, und es gibt einen eindeutigen Nachweis der Zustellung von Unterlagen. Auch das Dokumentenmanagementsystem wurde 2013 in den meisten Abteilungen finalisiert. Neben

der Automatisierung von Geschäftsprozessen wurde damit der Papierverbrauch für das Ablesesystem deutlich reduziert.

Das wichtige Thema Nachhaltigkeit ist in der VBV vor allem bei der Veranlagung angesiedelt und bleibt ein wichtiger Aspekt der Gesamtstrategie. Die VBV setzt bei der Veranlagung auch Fonds ein, die unter Berücksichtigung von SRI, ESG und Compliance-Standards gemanagt werden. Unabhängige Spezialisten führen regelmäßig Nachhaltigkeits-Screenings des gesamten Aktienbestands hinsichtlich der Einhaltung der „UN Global Compact Principles“ der Vereinten Nationen durch.

Die VBV nutzt Räumlichkeiten der WIENER STÄDTISCHE VERSICHERUNG AG Vienna Insurance Group als Büros. Beim Einkauf der Arbeitsmittel wird auf eine gute Umweltverträglichkeit und Langlebigkeit geachtet.

Eckdaten der Gesellschaft

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag EUR 5.603 Mio.

Innerhalb der VRG stellt sich die Struktur zum Berichtsstichtag folgendermaßen dar:

	2013	2012
Verträge	5.021	4.958
Anwartschaftsberechtigte	250.022	247.370
Leistungsberechtigte	28.549	26.686
Beiträge (in Mio. €)	503	286
davon laufende Beiträge (in Mio. €)	212	211
davon Einmalbeiträge (in Mio. €)	40	41
davon Übertragungen (in Mio. €)	251	34
Auszahlungen (in Mio. €)	438	315
davon laufende Pensionen (in Mio. €)	168	158
davon Abfindungen und Übertragungen (in Mio. €)	270	157
Deckungsrückstellung (in Mio. €)	5.224	4.924
Schwankungsrückstellung (in Mio. €)	171	122
Veranlagtes Vermögen (in Mio. €)	5.365	5.038
Anzahl Veranlagungs- und Risikogemeinschaften	39	48
Veranlagungsergebnis (ermittelt nach der OeKB-Methode)	+5,83%	+8,19%

Der Marktanteil der Gesellschaft entwickelte sich in allen Kernbereichen zufriedenstellend, wodurch die Marktführerschaft gefestigt werden konnte.

Geldflussrechnung in tausend Euro

	2013	2012
Finanzmittel am Beginn der Periode	17.958	17.480
Nettogeldfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	+10.873	+10.848
Nettogeldfluss aus Investitionstätigkeit	-15.644	-10.370
Nettogeldfluss aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	13.187	17.958

Eigenmittelausstattung gem. § 7 PKG in Euro

	2013	2012
1. Grundkapital	30.000.000,00	30.000.000,00
2. Kapitalrücklage	0,00	0,00
3. Gewinnrücklage	29.000.000,00	24.000.000,00
4. Mindestertragsrücklage	24.321.889,37	23.960.330,10
5. Bilanzergebnis	601.327,32	455.617,86
6. Ergänzungskapital	0,00	0,00
Summe Eigenmittel	83.923.216,69	78.415.947,96

Geschäftsergebnis

Die anhaltend positive Kapitalmarktentwicklung und deren direkte und indirekte Auswirkungen führen im Geschäftsjahr 2013 zu einem sehr guten Ergebnis. Die aus der laufenden Geschäftstätigkeit realisierten Erträge entwickelten sich positiv und konnten damit die Erwartungen erfüllen. Darüber hinaus konnte durch effektives Kostenmanagement die Entwicklung der Aufwendungen gering gehalten werden wodurch das Betriebsergebnis plangemäß ausgefallen ist. Das Finanzergebnis fiel der Kapitalmarktentwicklung entsprechend positiv aus und konnte die Erwartungen ebenso erfüllen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) beträgt daher im Berichtsjahr basierend auf obige Erläuterungen EUR 7.332.445,96.

Nach Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses, welches durch eine Auflösung der aus der Mindestertragsrücklage gebildeten Rückstellung positiv ausgefallen ist und der Körperschaftsteuer ergibt sich ein Jahresüberschuss von EUR 5.507.268,73. Durch die Veränderung der Rücklagen entstand ein Jahresergebnis von EUR 145.709,46 welches mit dem Gewinnvortrag von EUR 455.617,86 verrechnet wurde und zu einem Bilanzgewinn von EUR 601.327,32 führt.

Die Rücklagenbewegungen beinhalten die gesetzlich notwendige Dotation der Mindestertragsrücklage (§ 7 (3) PKG) und die Rückführung der aus der Mindestertragsrücklage gebildeten Rückstellung in der Höhe von EUR 361.559,27. Darüber hinaus wurde der Gewinnrücklage ein Betrag in der Höhe von EUR 5.000.000,00 zugeführt.

Die Zuschussleistung gemäß § 2 (2) PKG beträgt im Berichtszeitraum EUR 46.751,88 und wurde aus der vorhandenen Rückstellung geleistet.

Nach dem Ende des Geschäftsjahres 2013 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Vorschlag für die Gewinnverwendung

Das unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages in der Höhe von EUR 455.617,86 ermittelte Bilanzergebnis in der Höhe von EUR 601.327,32 soll auf neue Rechnung vortragen werden.

Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft ist Mitglied des Fachverbandes der Pensionskassen Österreichs. Des Weiteren ist die VBV Mitglied der AVÖ (Aktuarvereinigung Österreichs), des EVVÖD (Europäischer Verband der Versorgungseinrichtungen des Öffentlichen Dienstes) und der ABA (Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersvorsorge e.V.). Darüber hinaus ist die Gesellschaft Kooperationspartner des Österreichischen Sparkassenverbandes. Die Gesellschaft ist außerdem Mitglied der deutschen und der französischen Handelsorganisation in Österreich sowie der Industriellenvereinigung Österreich.

Der alleinige Standort und Sitz der Gesellschaft ist 1020 Wien, Obere Donaustraße 49-53, Zweigniederlassungen existieren nicht. Forschung und Entwicklung wird von der Gesellschaft nicht betrieben.

Strategische Ziele – Ausblick 2014

Die Schwerpunkte im heurigen Jahr liegen auf

- einer weiteren Steigerung der Kundenzufriedenheit durch den Ausbau des Service,
- einer Optimierung der technischen Systeme,
- dem Ausbau des Lebensphasenmodells als Kernkompetenz der VBV,
- Vertriebsaktivitäten für Klein- und Mittelbetriebe und der Übertragung der privaten Zukunftsvorsorge in die Pensionskasse sowie
- einer verantwortungsvollen Veranlagungsstrategie.

Steigerung der Kundenzufriedenheit

Bereits 2012 wurde vom Aufsichtsrat ein Strategieausschuss ins Leben gerufen, der im letzten Jahr zweimal tagte und der den Vorstand bei der langfristigen strategischen Planung unterstützend begleitet. Ergebnis dieses Ausschusses war, dass die VBV weiterhin auf das Thema Steigerung der Kundenzufriedenheit fokussieren wird. Deshalb wurde bereits Mitte 2013 von einem externen Marktforschungsinstitut eine breit angelegte Meinungsumfrage durchgeführt, um die Einstellung der Arbeitgeber, Betriebsräte, AWB und LB zur VBV zu evaluieren. Die Ergebnisse wurden analysiert und dienen als Grundlage für eine Optimierung des Service. Insbesondere konnte aus der Umfrage der Wunsch nach einfachen und kurzen Informationen herausgelesen werden. Daher werden die Anstrengungen für eine noch verständlichere Kommunikation erhöht und 2014 unter anderem folgende Maßnahmen durchgeführt:

Verbesserung der Information über die Beitrags- und Kapitalentwicklung

Die jährliche Kontoinformation für AWB wird überarbeitet. Einerseits muss die IBK an die Vorgaben der Finanzmarktaufsicht angepasst werden, andererseits wird diese in Hinblick auf Verständlichkeit und Übersichtlichkeit verbessert. Die wesentlichen Informationen

werden in einer farblich gestalteten Übersicht zusammengefasst. Die IBK wird auch online in verbesserter Qualität zur Verfügung stehen.

Optimierung der Leistungsnachweise für LB

Auch die jährliche Kontoinformation für LB wird entsprechend angepasst und übersichtlich gestaltet. Das Layout wird eine bessere Verständlichkeit der Information mit sich bringen.

Ausbau der Informationen im Internet

Die Inhalte auf der Website www.vbv.at werden ausgebaut. Damit soll den AWB und LB ermöglicht werden, alle relevanten Themen zu ihrem Pensionskassenmodell auf der Website nachzulesen. Das Internet kann so von AWB und LB als ergänzende Informationsquelle genutzt werden. Das Angebot wird von kurzen, prägnanten Inhalten im Contentbereich über längere Infobroschüren im Downloadbereich bis hin zu kurzen erklärenden Videos reichen. Die VBV wird sich bewusst von Mitbewerbern unterscheiden und statt Werbebotschaften den Informationsgehalt in den Vordergrund stellen.

Information bei Einbeziehung in die Pensionskassenvorsorge

Die Verpflichtung des Arbeitgebers, seine AWB, die erstmals in die Pensionskassenvorsorge einbezogen werden, zu informieren, wird die VBV verstärkt unterstützen. Jeder neue AWB erhält zeitnah eine Mitteilung direkt von der VBV über die Rahmenbedingungen seines Pensionsmodells sowie zielgerichtete Hinweisen zu weiterführenden Informationen im Online-Kundenportal und auf der Website der VBV. Damit wird sichergestellt, dass neu eintretende AWB zukünftig mehr über ihre betriebliche Altersvorsorge und deren Vorzüge wissen.

Serviceabteilungen

Die schon seit einigen Jahren verfolgte Strategie der Betreuung spezieller Kundengruppen durch Expertenabteilungen ist erfolgreich und wird beibehalten. Auch die 2013 neu ins Leben gerufene Ombudsstelle speziell für LB hat sich bestens bewährt und wird als unabhängige Beratungsstelle intensiv in Anspruch genommen.

Qualitätsmanagement und Optimierung technischer Systeme

Die ständige Weiterentwicklung und Verbesserung der EDV-Systeme sowie der Website mit dem Online-Kundenportal ist einer der zentralen Schwerpunkte der Strategie. Nur so kann einerseits der hohe Qualitätsanspruch der VBV langfristig erfüllt werden und andererseits das Unternehmen „fit“ für neue Herausforderungen bleiben. Insbesondere neue Informations- und Meldepflichten gegenüber den Aufsichtsbehörden stellen zunehmend eine technische und organisatorische Herausforderung dar. Eine reibungslose Abwicklung mit den Aufsichtsbehörden hat in der VBV einen hohen Stellenwert und wird als wesentliches Qualitätsmerkmal für eine betriebliche Vorsorgeeinrichtung betrachtet.

Lebensphasenveranlagung als Kernkompetenz

Die VBV hat das Lebensphasenmodell 2004 entwickelt und auf dem österreichischen Pensionskassenmarkt erfolgreich etabliert. Diese Innovation wurde mit einem internationalen IPE Award ausgezeichnet. Durch die PKG-Novelle, die 2013 in Kraft trat, wurden die Möglichkeiten beim Angebot von Lebensphasenmodellen wesentlich erweitert. 13 Bestandskunden und drei größere Neukunden haben sich im letzten Jahr für ein Lebensphasenmodell entschieden. Damit wurde 2013 über 10.000 weiteren AWB die Teilnahme am Lebensphasenmodell ermöglicht, und die VBV konnte die Position als Marktführer bei Lebensphasenmodellen klar absichern.

Die VBV wird das Konzept einer je nach Lebensphase optimierten Veranlagung 2014 weiter ausbauen. Die Möglichkeit, AWB eines Unternehmens von einer sehr dynamischen, ertragsorientierten Veranlagung bis hin zu einem echten Garantieprodukt alles aus einer Hand bieten zu können, ist ein entscheidender Wettbewerbsvorteil, der auf dem Markt weiter genutzt wird.

Neue Pensionsmodelle für Klein- und Mittelbetriebe

Im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe werden vermehrt flexible Vorsorgemodelle nachgefragt. Arbeitgeber möchten die Pensionskassenbeiträge an die wirtschaftliche Situation anpassen können und wünschen eine stärkere Beteiligung der Mitarbeiter über Eigenbeiträge. Die VBV trägt dieser Nachfrage durch spezielle Produkte für diese Zielgruppe Rechnung. So wird der Vertriebschwerpunkt 2014 in der Vermarktung der VBV-Erfolgspension, einem Modell mit überwiegend variablen Beiträgen, und bei Branchenlösungen im Bereich von Gehaltsumwandlungsmodellen liegen, die über Öffnungsklauseln in den entsprechenden Kollektivverträgen ermöglicht werden.

Übertragung prämienergünstigter Zukunftsvorsorge

Einen weiteren Schwerpunkt im Jahr 2014 wird die Übertragungsmöglichkeit von auslaufenden privaten Vorsorgeverträgen bilden. AWB und LB, die vor 10 Jahren eine prämienergünstige Zukunftsvorsorge bei einer Versicherung oder einem Investmentfonds abgeschlossen haben, können das angesparte Guthaben in ihre VBV-Pensionsvorsorge übertragen. Das Interesse seitens der Kunden war bereits zu Jahresbeginn sehr groß. Die VBV startet daher heuer eine Offensive, um die Kunden aktiv auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen.

Ertragreich investieren mit Verantwortung

Verantwortung ist Bestandteil der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Darunter versteht man in der VBV einerseits die Verantwortung gegenüber den AWB und LB, andererseits jene gegenüber den Stakeholdern und der Gesellschaft, woraus sich folgende Schwerpunkte ergeben:

1. Das Veranlagungsmanagement bekennt sich zu einem ertragsorientierten und aktiven Veranlagungsstil je nach Vorgabe der Ertragsziele. Die VBV nimmt Ertragschancen im Interesse ihrer Kunden auf dem Markt engagiert wahr und positioniert sich als ertragsstarke Vorsorgeeinrichtung.
2. Die VBV investiert in den Bereichen Aktien und Unternehmensanleihen mit einem stärker gewichteten Europa- und Österreichbezug. Die Kapitalmarktfinanzierung von mittelständischen europäischen und insbesondere heimischen Unternehmen ist Bestandteil der Veranlagungsstrategie.
3. Das Thema Nachhaltigkeit ist ein wichtiger Aspekt der Strategie. Die VBV setzt bei der Veranlagung auch Fonds ein, die unter Berücksichtigung von SRI, ESG und Compliance-Standards gemanagt werden. Unabhängige Spezialisten führen regelmäßig Nachhaltigkeits-Screenings des gesamten Aktienbestandes hinsichtlich der Einhaltung der „UN Global Compact Principles“ der Vereinten Nationen durch.
4. Beim Immobilieninvestment werden nachhaltige Projekte wie Pflegeheime bzw. Projekte mit Umweltschutzbezug stärker gewichtet. Für die VBV gehört die klare Positionierung des Themas „Verantwortung“ im Veranlagungsprozess unmittelbar zur strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Die Veranlagung von Pensionskapital erfolgt nach klaren gesetzlichen und internen Richtlinien sowie nach den Vorgaben aus dem Risikomanagement gemäß den vertraglichen und passivseitigen Ertragszielen.

Danksagung

Ein besonderer Dank gilt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die Herausforderungen im letzten Jahr mit viel Einsatz und Freude gemeistert haben. Insbesondere die Umstellungen aufgrund der PKG-Novelle haben viele Neuerungen und Weiterentwicklungen notwendig gemacht. Nur mit kompetenten Mitarbeitern ist ein Dienstleistungsunternehmen wie die VBV-Pensionskasse erfolgreich zu führen.

Dank gebührt auch unseren Aktionären, unserem Aufsichtsrat und den Mitgliedern in unseren Beiräten. Die VBV steht in einem intensiven und konstruktiven Gedankenaustausch mit ihren Kunden und nützt diese Kontakte zur Weiterentwicklung der betrieblichen Altersvorsorge.



Karl Timmel



Mag. Günther Schiendl

Wien am 5. Mai 2014

BILANZ

VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien, Bilanz zum 31.12.2013

AKTIVA

	EUR	EUR	EUR	TEUR
A. Anlagevermögen			162.311.244,97	142.369
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		2.181.441,00		1.916
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	2.181.441,00			1.916
2. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	0,00			0
3. Anzahlungen	0,00			0
II. Sachanlagen		278.197,10		378
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	278.197,10			356
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00			22
III. Finanzanlagen		159.851.606,87		140.075
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00			0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00			0
3. Beteiligungen	0,00			0
4. Sonstige Darlehen und Kredite	13.095.000,00			11.665
5. Schuldverschreibungen	146.756.606,87			126.115
6. Aktien	0,00			2.295
7. Immobilien	0,00			0
8. Investmentfonds	0,00			0
9. Sonstige Finanzanlagen	0,00			0
B. Umlaufvermögen			27.498.077,81	35.217
I. Forderungen		9.327.662,58		8.165
1. Forderungen aus der Vergütung der Veranlagung für LB	0,00			0
2. Sonstige Forderungen	9.327.662,58			8.165
II. Wertpapiere und Anteile		4.982.922,50		9.093
1. Schuldverschreibungen	4.982.922,50			3.629
2. Aktien	0,00			1.684
3. Investmentfonds	0,00			3.780
4. sonstige Wertpapiere und Anteile	0,00			0
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		13.187.492,73		17.959
C. Rechnungsabgrenzungsposten			4.243.010,74	492
Summe der Positionen A bis C: Aktiva der AG			194.052.333,52	178.078
D. Aktiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften				
I. Veranlagtes Vermögen		5.365.244.267,27		5.038.107
1. Guthaben bei Kreditinstituten	571.479.094,13			590.354
2. Darlehen und Kredite	110.147.856,31			99.126
3. Schuldverschreibungen	2.198.733.279,22			2.260.388
4. Aktien und sonstige Beteiligungswertpapiere	1.888.960.221,42			1.570.796
5. Immobilien	234.465.821,92			256.311
6. Sonstige Vermögenswerte	361.457.994,27			261.132
II. Forderungen		23.964.269,68		22.094
III. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten		20.158.766,96		22.428
IV. Sonstige Aktiva		0,00		0
Summe der Position D: Aktiva der VRG			5.409.367.303,91	5.082.629
Bilanzsumme			5.603.419.637,43	5.260.707

Vergleichs-
zahlen 2012

PASSIVA

	EUR	EUR	EUR	TEUR
A. Eigenkapital			83.923.216,69	78.416
I. Grundkapital		30.000.000,00		30.000
II. Kapitalrücklagen		0,00		0
III. Gewinnrücklagen		29.000.000,00		24.000
1. gesetzliche Rücklage	3.000.000,00			3.000
2. satzungsmäßige Rücklagen	4.500.000,00			4.500
3. andere Rücklagen (freie Rücklagen)	21.500.000,00			16.500
IV. Mindesttragsrücklage		24.321.889,37		23.960
V. Bilanzgewinn		601.327,32		456
davon Gewinnvortrag: EUR 455.617,86 (31.12.2012: TEUR 119)				
B. Unversteuerte Rücklagen			0,00	0
C. Ergänzungskapital			0,00	0
D. Rückstellungen			94.146.528,00	83.781
I. Verwaltungskostenrückstellung		86.126.829,00		76.237
II. Garantierückstellung		0,00		0
III. Andere Rückstellungen		8.019.699,00		7.544
E. Verbindlichkeiten			15.982.588,83	15.881
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.612,50			3
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	561.054,14			338
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.156.261,73			967
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	60.727,78			71
5. sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EUR 2.717.944,54 (31.12.2012: TEUR 2.240) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 118.328,01 (31.12.2012: TEUR 115)	14.199.932,68			14.502
F. Rechnungsabgrenzungsposten			0,00	0
Summe der Positionen A bis F: Passiva der AG			194.052.333,52	178.078
G. Passiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften				
I. Deckungsrückstellung		5.223.968.941,87		4.923.964
1. Deckungsrückstellung mit Mindesttragsgarantie	888.340.738,67			880.646
a. Leistungsorientiert - mit Mindesttragsgarantie des Arbeitgebers	0,00			0
b. Leistungsorientiert - mit Mindesttragsgarantie der Pensionskasse	35.413.234,56			32.588
c. Sonstige - mit Mindesttragsgarantie des Arbeitgebers	0,00			0
d. Sonstige - mit Mindesttragsgarantie der Pensionskasse	852.927.504,11			848.058
2. Deckungsrückstellung ohne Mindesttragsgarantie	4.335.487.944,55			4.043.318
a. Leistungsorientiert - ohne Mindesttragsgarantie	911.504.086,82			882.673
b. Sonstige - ohne Mindesttragsgarantie	3.423.983.857,73			3.160.645
3. Deckungsrückstellung der Sicherheits-VRG	140.258,65			0
a. Anwartschaftsberechtigte	0,00			0
b. Leistungsberechtigte	140.258,65			0
II. Schwankungsrückstellung		171.255.317,94		121.928
III. Verbindlichkeiten		5.399.829,95		27.243
IV. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		3.373.775,90		4.813
V. Sonstige Passiva		5.369.438,25		4.681
Summe der Position G: Passiva der VRG			5.409.367.303,91	5.082.629
Bilanzsumme			5.603.419.637,43	5.260.707

Vergleichs-
zahlen 2012

BILANZ

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Jänner 2013 bis 31. Dezember 2013

	EUR	EUR	2012 TEUR
I. Ergebnis der Veranlagungs- und Risikogemeinschaft			
1. Veranlagungsergebnis	286.059.103,59		379.568
2. Beiträge	502.814.015,00		285.928
3. Leistungen	-437.741.442,90		-314.642
4. Veränderung der Deckungsrückstellung	-300.004.445,97		-234.986
5. Veränderung der Schwankungsrückstellung	-49.327.032,92		-105.090
6. Sonstige Aufwendungen und Erträge	-1.800.196,80		-10.778
7. Verbleibendes Ergebnis		0,00	0
II. Erträge und Aufwendungen der Pensionskasse			
1. Vergütung zur Deckung der Betriebsaufwendungen	19.817.207,14		20.058
2. Betriebsaufwendungen	-12.611.836,82		-12.429
a) Personalaufwand	-6.089.193,10		-5.846
aa. Löhne & Gehälter	-4.405.497,76		-4.238
ab. Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	-249.971,69		-216
ac. Aufwendungen für Altersvorsorge	-312.115,97		-339
ad. Aufwendungen für Sozialabgaben vom Entgelt abhängige Abgaben, Pflichtbeiträge	-1.011.660,72		-948
ae. sonstige Sozialaufwendungen	-109.946,96		-105
b) Abschreibungen auf das Anlagevermögen	-580.233,84		-721
c) sonstige Betriebs-, Verwaltungs- und Vertriebsaufwendungen	-5.942.409,88		-5.862
3. Veränderung der geschäftsplanmäßigen Verwaltungskostenrückstellung	-6.146.498,89		-6.172
ordentliches Betriebsergebnis		1.058.871,43	1.457
4. Finanzerträge	7.456.362,49		6.405
a) aus Beteiligungen	0,00		0
b) aus Finanzanlagen und Zinsenerträge	5.924.314,08		5.396
c) aus dem Abgang von Finanzanlagen	1.301.327,31		110
d) aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	230.721,10		899
e) aus Immobilien	0,00		0

	EUR	EUR	2012 TEUR
5. Finanzaufwendungen	-1.367.751,84		-1.699
a) aus Beteiligungen	0,00		0
b) aus Finanzanlagen und Zinsaufwendungen	-603.429,49		-596
c) aus dem Abgang von Finanzanlagen	-731.692,35		-276
d) aus Abschreibungen von Finanzanlagen	-32.630,00		-827
e) aus Immobilien	0,00		0
Finanzergebnis		6.088.610,65	4.706
6. Sonstige Erträge und Aufwendungen	184.963,88		385
a) sonstige Erträge	221.131,08		410
b) sonstige Aufwendungen	-36.167,20		-25
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.332.445,96		6.548
8. Außerordentliches Ergebnis	167.252,77		15
a) außerordentliche Erträge	167.252,77		15
b) außerordentliche Aufwendungen	0,00		0
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.992.430,00		-1.788
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5.507.268,73		4.775
11. Veränderung von Rücklagen	-5.361.559,27		-4.438
a) Zuweisungen von Rücklagen	-5.361.559,27		-4.438
aa. zu un versteuerten Rücklagen	0,00		0
ab. zur Gewinnrücklage	-5.000.000,00		-3.500
ac. zur Mindestertragsrücklage	-361.559,27		-938
b) Auflösungen von Rücklagen	0,00		0
ba. von un versteuerten Rücklagen	0,00		0
bb. von Gewinnrücklagen	0,00		0
bc. der Mindestertragsrücklage	0,00		0
bd. von Kapitalrücklagen	0,00		0
12. Jahresgewinn	145.709,46		337
13. Gewinnvortrag	455.617,86		119
14. Gewinn-/Verlustübernahme	0,00		0
15. Bilanzgewinn		601.327,32	456

Anhang zum Jahresabschluss der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien für das Geschäftsjahr vom 1.1.2013 bis zum 31.12.2013

I. ALLGEMEINES

Der Jahresabschluss der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Es handelt sich im Sinne des § 221 (2) UGB um eine mittelgroße Aktiengesellschaft. Als Umsatzerlöse wurden die Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen um die Veränderungen der geschäftsplanmäßigen Verwaltungskostenrückstellung gekürzt angesetzt.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Positionen des Jahresabschlusses wurden nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches und des Pensionskassengesetzes vorgenommen.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

1. Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige bzw. außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Den planmäßigen Abschreibungen werden Abschreibungssätze zwischen 20% und 33,3% zugrundegelegt.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen und im Geschäftsjahr planmäßig fortgeführten Abschreibungen bewertet.

Zur Ermittlung der Abschreibungssätze wird die lineare Abschreibungsmethode gewählt. Die Abschreibungssätze für das Sachanlagevermögen betragen zwischen 5% und 25%.

Vermögensgegenstände mit Einzelanschaffungskosten von weniger als EUR 400,00 werden im Jahr der Anschaffung zur Gänze abgeschrieben.

Das Finanzanlagevermögen wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Ausschüttungsgleiche Erträge bei Investmentfonds wurden aktiviert.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden nach den gesetzlichen Vorschriften vorgenommen.

2. Umlaufvermögen

Die Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

3. Rückstellungen

Die Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Berechnung der geschäftsplanmäßigen Rückstellungen für die nach Pensionsbeginn anfallenden Verwaltungskosten erfolgte nach der PUC-Methode und wurde vom Prüfer bestätigt. Im lfd. Jahr erfolgte eine Umstellung des Rechnungszinses auf 3,5% unter Berücksichtigung einer Kostensteigerung von 1,5% p.a.. Gem. BGBl. II Nr. 381/2013, § 4 (1) wurde per 31.12.2013 eine Unterdeckung in Höhe von EUR 3.753.183,00 festgestellt. Der erforderliche Ausgleich der berechneten Unterdeckung erfolgt binnen längstens 10 Jahren, somit längstens bis zum 30.12.2023. Der Ausgleich erfolgt jährlich mit mindestens

je einem Zehntel des ursprünglichen Betrages, das sind EUR 375.318,00 wobei das erste Zehntel im Wirtschaftsjahr 2014, bis zum 30.12.2014 abgebaut wird.

Rückstellungen für Abfertigungen und Pensionen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen erstellt. Der Berechnung wurden die Rechnungsgrundlagen für die AVÖ 2008-P (Angestellte) mit einem Rechnungszinsfuß von 2% p.a. zugrunde gelegt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden dem Vorsichtsprinzip entsprechend gebildet.

4. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht ermittelt.

III. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Bei der Bewertung wird von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gemäß dem Pensionskassengesetz gegliedert.

Mit der VBV - Betriebliche Altersvorsorge AG besteht ein Gruppenvertrag im Sinne des KStG. Die Steuerumlage beträgt 25% des zugerechneten positiven Einkommens des Gruppenmitgliedes bzw. 50% der Steuerersparnis, welche durch die Saldierung des allfällig zugerechneten negativen steuerlichen Ergebnis ergibt.

Es wurden keine Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen unter marktüblichen Bedingungen abgeschlossen.

Hinsichtlich der Bilanzierung der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften und deren Besonderheiten verweisen wir auf die Erläuterungen in den Formblättern.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

1. Anlagevermögen

Hinsichtlich der Entwicklung der einzelnen Positionen des Anlagevermögens und der Aufgliederung der Jahresabschreibung wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

Es sind keine derivative Instrumente in der Aktiengesellschaft im Einsatz.

2. Umlaufvermögen

Sämtliche ausgewiesene Forderungen waren innerhalb eines Jahres fällig.

3. Aktive Rechnungsabgrenzung

Ausgewiesen werden Zahlungen vor dem Bilanzstichtag, die die nächste Periode betreffen.

Im lfd. Jahr erfolgte bei der Berechnung der geschäftsplanmäßigen Rückstellungen für die nach Pensionsbeginn anfallenden Verwaltungskosten eine Umstellung des Rechnungszinses auf 3,5% unter Berücksichtigung einer Kostensteigerung von 1,5% p.a.. Gem. BGBl. II Nr. 381/2013, § 4 (1) wurde per 31.12.2013 eine Unterdeckung in Höhe von EUR 3.753.183,00 festgestellt. Der erforderliche Ausgleich der berechneten Unterdeckung erfolgt binnen längstens 10 Jahren.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden zwei Pensionsverpflichtungen an die Pensionskasse übertragen. Der sich ergebende Unterschiedsbetrag wird über zehn Jahre gleichmäßig verteilt aufgelöst und beträgt zum Stichtag EUR 168.060,00.

4. Aktiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften

Durch die Novelle des Pensionskassengesetzes (BGBl. I Nr. 54/2012 in Kraft getreten mit 01.01.2013) und speziell durch die Normierung des §12 (6) u. (7) PKG, wurde es ermöglicht eine Veranlagungs- und Risikogemeinschaft (VRG) zu bilden, in welcher das Vermögen der AWB/LB in mehreren Sub-Veranlagungsgemeinschaften (Sub-VGen) verwaltet wird, aber der Risikoausgleich über alle Sub-VGen erfolgt.

In der VBV-Pensionskasse AG werden derzeit 2 solche VRGen verwaltet.

- VRG 100 mit den Sub-VGen: 102, 150, 151, 152 u. 165
- VRG 200 mit den Sub-VGen: 211, 218 u. 254

Die restlichen VRGen finden sich in folgender Struktur:

- VRG-Nr. 1xx = VRG ohne Mindestertragsgarantie
- VRG-Nr. 2xx = VRG mit Mindestertragsgarantie bzw. Sicherheits-VRG
- VRG-Nr. 3xx = konsortiale VRG ohne Mindestertragsgarantie, Führung durch VBV
- VRG-Nr. 4xx = konsortiale VRG mit Mindestertragsgarantie, Führung durch VBV
- VRG-Nr. 5xx = konsortiale VRG ohne Mindestertragsgarantie, fremde Führung
- VRG-Nr. 6xx = konsortiale VRG mit Mindestertragsgarantie, fremde Führung

Die den Veranlagungs- und Risikogemeinschaften zugeordneten Wertpapiere werden gemäß § 23 Pensionskassengesetz monatlich sowie am Bilanzstichtag bewertet.

In den Aktiven Rechnungsabgrenzungen werden ua die Fehlbeträge aus der Umstellung der Rechnungsgrundlagen ausgewiesen. Durch die Neustrukturierung der VRGen war eine Vereinheitlichung der Rechnungsgrundlagen notwendig und es kam in einem Teilbestand zu einer Umstellung der Rechnungsgrundlagen "AVÖ 1999 - P - Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung - Pagler & Pagler" (in der Ausprägung für Angestellte) auf die Rechnungsgrundlagen "AVÖ 1999 - P (PK) - Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung - Pagler & Pagler" (in der Ausprägung für Angestellte) mittels eines Fehlbetrages. Die gesetzliche Anpassung auf die Rechnungsgrundlagen "modifizierte AVÖ 2008 - P (PK) erfolgte per 31.12.2008.

5. Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt EUR 30.000.000,00 und ist in 30.000.000 auf Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Der Aktionärskreis zum 31. Dezember 2013 stellt sich wie folgt dar:

	EUR	%
VBV - Betriebliche Altersvorsorge AG	30.000.000,00	100,00

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft endet mit einem Bilanzgewinn von EUR 601.327,32 (im Vorjahr: Bilanzgewinn EUR 455.617,86).

Entwicklung des Gewinnvortrages:

	2013 EUR	2012 EUR
Stand am 1.1.	455.617,86	118.631,24
Ausschüttung des Geschäftsjahres	0,00	0,00
Stand am 31.12.	455.617,86	118.631,24

Die versteuerte Gewinnrücklage entwickelte sich wie folgt:

	2013 EUR	2012 EUR
Stand am 1.1.	24.000.000,00	20.500.000,00
Zuweisung freie Gewinnrücklage	5.000.000,00	3.500.000,00
Auflösung freie Gewinnrücklage	0,00	0,00
Stand am 31.12.	29.000.000,00	24.000.000,00

In den versteuerten Gewinnrücklagen ist die gesetzliche Rücklage in Höhe von EUR 3.000.000,00, die satzungsmäßige Rücklage mit EUR 4.500.000,00 und die freie Rücklage mit EUR 21.500.000,00 enthalten.

Die Mindestertragsrücklage entwickelte sich wie folgt:

	2013 EUR	2012 EUR
Stand am 1.1.	23.960.330,10	23.022.666,38
Übertragung	0,00	0,00
Dotierung der Rücklage	194.306,50	922.654,64
Dotierung der Rücklage aus Auflösung der ME-Rückstellung	167.252,77	15.009,08
Verwendung der ME-Rückstellung	0,00	0,00
Stand am 31.12.	24.321.889,37	23.960.330,10

6. Ergänzungskapital gemäß § 7 Abs. 5 PKG

Das Ergänzungskapital in Höhe von EUR 11.000.000,00 wurde im GJ 2011 in die sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert. Die Voraussetzungen gem. § 7 Abs. 5 PKG wurden aufgrund der Restlaufzeit nicht mehr erfüllt.

7. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Geschäftsplanmäßige Rückstellung für die nach Pensionsbeginn anfallenden Verwaltungskosten	86.126.829,00	76.236.878,00
Rückstellungen für Abfertigungen	1.444.739,00	1.224.632,00
Rückstellungen für Pensionen	409.103,00	370.531,00
Steuerrückstellung	0,00	0,00
sonstige Rückstellungen ¹⁾	6.165.857,00	5.949.151,00
	94.146.528,00	83.781.192,00

¹⁾ In den sonstigen Rückstellungen werden außer den Mindestertragsrückstellungen (202 TEUR) auch Rechts-, Prozess- u. Beratungsrückstellungen (2.517 TEUR) und Dienstleistungen Dritter ausgewiesen.

8. Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist das nachrangige Ergänzungskapital, das seitens der Gesellschaft am 02. Juni 2004 mit EUR 5 Mio. bzw. am 17. Dezember 2004 mit EUR 6 Mio. begeben wurde, enthalten. Die Verzinsung beträgt 5,58% pa. bzw. 4,90% pa.. Die Laufzeit wurde jeweils mit 10 Jahren festgelegt. Nachdem die Voraussetzungen gem. § 7 Abs. 5 PKG aufgrund der Restlaufzeit nicht erfüllt werden, wird das Ergänzungskapital (von Punkt 6) unter den nachrangigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die restlichen Verbindlichkeiten weisen ausschließlich Restlaufzeiten unter einem Jahr auf und sind nicht dinglich besichert.

9. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Verpflichtungen aus der Nutzung von Sachanlagen, die nicht in der Bilanz ausgewiesen sind, betragen für das folgende Geschäftsjahr EUR 626.294,16 für die folgenden fünf Geschäftsjahre EUR 3.131.470,80.

V. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Erträge und Aufwendungen der Pensionskasse

Die gesamten Beiträge und Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen stammen aus Pensionskassenverträgen mit inländischen Vertragspartnern.

Die Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen beinhalten im wesentlichen Verwaltungskosten aus laufender Beitragserhebung, aus der Übertragung von Deckungserfordernissen, Aufnahmekosten, Auszahlungskosten und Vermögensverwaltungskosten.

Weiters erfolgt der Ausweis der Beratungs- und Betreuungshonorare in den Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen.

Die Bewertung der Finanzanlagen wird monatlich sowie am Bilanzstichtag durchgeführt.

In den sonstigen Erträgen wird überwiegend die Auflösung der Rückstellungen ausgewiesen.

Darüber hinaus wurde eine Rückstellung für erwartete Unterschreitungen des Mindesttrages in den Folgejahren in Höhe von EUR 202.000,00 gebildet. Als Berechnungsgrundlage für die Folgejahre wurden die Veranlagungserträge 2013 und fortlaufend die stochastisch erwarteten Renditen anhand des Risikomanagementsystems angesetzt und mit 3% diskontiert.

Angaben gem § 237 Z 14 UGB: Die Aufwendungen für den Abschlussprüfer für das Jahr 2013 betragen für die Prüfung des Jahresabschlusses TEUR 152. Es wurden keine Beratungsleistungen in Rechnung gestellt.

Die Veränderung der Mindesttragsrückstellung wird im a.o. Ergebnis bzw. in den Rücklagenveränderungen der Mindesttragsrücklage dargestellt.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag enthalten Körperschaftsteuer aus einer Steuerumlage in Höhe von EUR 1.992.430,00.

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 5.507.268,73 (im Vorjahr: Jahresüberschuss EUR 4.774.650,34). Nach Berücksichtigung der Rücklagenveränderungen wird ein Jahresgewinn in Höhe von EUR 145.709,46 (im Vorjahr: EUR 336.986,62) ausgewiesen.

VI. SONSTIGE ANGABEN

1. Personal

Der Personalstand (Vollzeit) am Bilanzstichtag betrug 58 Mitarbeiter (im Vorjahr: 59).

Die durchschnittliche Dienstnehmerzahl betrug

	31.12.2013	31.12.2012
Vorstandsmitglieder	2	2
Angestellte	59	58
insgesamt	61	60

Eine weitere Mitarbeiterin, die für die Gesellschaft tätig ist, ist Angestellte der Erste Group Bank AG.

Per 31.12.2013 waren 64 Mitarbeiter (11 Teilzeitkräfte und 1 Angestellte der Erste Group Bank AG) und 2 Vorstände beschäftigt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Jahr 2013 für ihre Tätigkeit für die Gesellschaft keine Bezüge.

Die Aufwendungen für die BV-Kassenbeiträge und die Abfertigungen nach Anwendung der AVÖ 2008-P (Angestellte) verteilen sich wie folgt:

	VK Beiträge		Dot. Abfertigungsrückstellung	
	2013	2012	2013	2012
Vorstandsmitglieder	4.393,93	3.347,00	52.199,00	16.486,00
leitende Angestellte	0,00	0,00	78.756,00	59.209,00
andere Arbeitnehmer	17.867,76	16.446,19	96.755,00	120.485,00
	22.261,69	19.793,19	227.710,00	196.180,00

Die Aufwendungen für die Altersversorgung verteilen sich wie folgt:

	Pensionszuschusszahlungen ²⁾		Pensionsrückstellung	
	2013	2012	2013	2012
Vorstandsmitglieder ¹⁾	45.007,57	44.096,70	21.838,80	21.838,80
leitende Angestellte ¹⁾	35.814,70	73.926,17	34.181,20	34.181,20
andere Arbeitnehmer u. Zusagen	113.882,12	106.047,40	61.391,58	58.986,94
	194.704,39	224.070,27	117.411,58	115.006,94

¹⁾ In den Aufwendungen für die Pensionsrückstellung ist zusätzlich die 1/10-Auflösung des Unterschiedsbetrages betreffend der Übertragung der Pensionsverpflichtungen in die Pensionskasse enthalten.

²⁾ inkl. Pensionskassenbeiträge

2. Organe der VBV-Pensionskasse AG

Mitglieder des Vorstandes	
Karl Timmel	Vorsitzender
Mag. Günther Schiendl	

Mitglieder des Aufsichtsrates	
Mag. Markus Posch	Vorsitzender
Dkfm. Hans Raumauf	1. Stellvertreter
Mag. Dr. Karl Heinz Setinek	2. Stellvertreter
Mag. Christian Heidrich	3. Stellvertreter

Michael Angerer	Mag. Adolf Lehner
DI Stefan Dörfler	Dr. Günther Puchtler
Dr. Alexandra Grabner	Mag. Frederick Robertson
Mag. Gebhard Graf	Franz Schön
Christian Haslinger	Mag. Klaus Stöger
Dr. Judit Havasi	Mag. Wolfgang Traindl
Erika Hegmala	Mag. Josef Trawöger
Wolfgang Heinzl	Dr. Josef Weißl
DI Thomas Jaklin	Peter Weller
Mag. Andreas Lachs	

Ersatzmitglieder des Aufsichtsrates	
Mag. Johann Ellersdorfer	Andreas Strasser
Dr. Jörg Hofer	Dr. Gerhard Weber
Dr. Walter Steinbach	

Prokuristen	
Mag. Michaela Attermeyer	Barbara Tröstl
Martin Cerny	Ing. Mag. Martin A. Vörös, MBA
Rainer Köpplinger (Aktuar gemäß § 20a PKG)	Mag. Dagmar Wagner
	Mag. Thomas Widermann
Mag. Rudolf Simader	Mag. Werner Zorbach

Durch den Bundesminister für Finanzen wurden Herr Sektionschef Mag. Gerhard Zotter zum Staatskommissär und Herr Amtsdirektor Erwin Gruber zum Staatskommissär-Stellvertreter bestellt.

Herr Michael Waiss war für alle Veranlagungs- und Risikogemeinschaften im Geschäftsjahr 2013 Prüfkassier gemäß § 21 PKG.

Bei Mitgliedern des Vorstandes haften am 31. Dezember 2013 keine Vorschüsse und Kredite aus.

Bei Mitgliedern des Aufsichtsrates haften am 31. Dezember 2013 keine Vorschüsse und Kredite aus.

Haftungen für Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates bestanden am 31. Dezember 2013 nicht.

Die Gesellschaft gehört zum Konzern der VBV - Betriebliche Altersvorsorge AG.

Wien, am 05. Mai 2014


Karl Timmel


Mag. Günther Schiendl

ANLAGESPIEGEL

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

DER VBV-PENSIONSKASSE AKTIENGESELLSCHAFT, WIEN

Anlageposition	Anschaffungskosten Herstellungskosten Stand 1.1.2013 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen ins Umlaufvermögen EUR	Anschaffungskosten Herstellungskosten Stand 31.12.2013 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	7.728.467,78	710.013,47	0,00	0,00	8.438.481,25
	7.728.467,78	710.013,47	0,00	0,00	8.438.481,25
II. Sachanlagen					
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung geringwertige Wirtschaftsgüter	1.452.797,66	58.002,37	-111.566,61	0,00	1.399.233,42
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	22.200,00	0,00	-22.200,00	0,00	0,00
	1.474.997,66	58.002,37	-133.766,61	0,00	1.399.233,42
III. Finanzanlagen					
4. Sonstige Darlehen und Kredite	11.665.332,00	1.530.000,00	-100.000,00	0,00	13.095.332,00
5. Schuldverschreibungen	126.226.198,75	33.042.223,12	-12.463.210,00	0,00	146.805.211,87
6. Aktien	2.267.191,85	0,00	-32.027,25	-2.235.164,60	0,00
	140.158.722,60	34.572.223,12	-12.595.237,25	-2.235.164,60	159.900.543,87
	149.362.188,04	35.340.238,96	-12.729.003,86	-2.235.164,60	169.738.258,54

kumulierte Abschreibungen 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 01.01.2013 EUR	Zuschreibungen des Geschäftsjahres EUR	Abschreibungen des Geschäftsjahres EUR
-6.257.040,25	2.181.441,00	1.916.015,00	0,00	-444.587,47
-6.257.040,25	2.181.441,00	1.916.015,00	0,00	-444.587,47
-1.121.036,32	278.197,10	356.284,10	0,00	-135.646,37
0,00	0,00	22.200,00	0,00	0,00
-1.121.036,32	278.197,10	378.484,10	0,00	-135.646,37
-332,00	13.095.000,00	11.665.000,00	0,00	0,00
-48.605,00	146.756.606,87	126.115.152,65	95.071,10	-32.630,00
0,00	0,00	2.295.114,25	0,00	0,00
-48.937,00	159.851.606,87	140.075.266,90	95.071,10	-32.630,00
-7.427.013,57	162.311.244,97	142.369.766,00	95.071,10	-612.863,84

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft,
Wien,

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2013, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen, sei es auf Grund beabsichtigter oder unbeabsichtigter Fehler, ist; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht

jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der vom gesetzlichen Vertreter vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen in der Satzung und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2013 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243 UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243 UGB sind zutreffend.

Wien, am 05. Mai 2014

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

gez.:

Mag. Josef Schima
Wirtschaftsprüfer

Mag. Andreas Thüridl
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat wurde im Geschäftsjahr 2013 regelmäßig durch schriftliche und mündliche Berichte des Vorstandes über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft informiert. Zwischen dem Vorstand und dem Aufsichtsrat bestand wie schon in der Vergangenheit eine offene und intensive Kommunikation und der Aufsichtsrat wurde zeitnah und umfassend über alle relevanten Aspekte der Geschäftsentwicklung informiert. Im Geschäftsjahr 2013 fanden fünf Aufsichtsratsitzungen statt, in denen der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen hat. Weiters hat der Prüfungsausschuss zweimal getagt und sich dabei mit den ihm durch das Unternehmensrechts-Änderungsgesetz zugewiesenen Aufgaben, insbesondere mit der Vorbereitung der Beschlussfassung über den Jahresabschluss befasst. Im Rahmen seiner gesamten Tätigkeit konnte sich der Aufsichtsrat von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugen.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses über das Geschäftsjahr 2013, des Lageberichtes des Vorstandes sowie der Rechenschaftsberichte der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften wurde durch den mit Beschluss der 22. ordentlichen Hauptversammlung vom 13. Juni 2012 für das Geschäftsjahr 2013 bestellten Abschlussprüfer, die BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, vorgenommen. Die Prüfung des Abschlussprüfers hat nach ihrem abschließenden Ergebnis keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben, sodass der Jahresabschluss mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurde.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten und vom Abschlussprüfer geprüften Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2013 und den Lagebericht sowie die Rechenschaftsberichte der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften eingesehen und geprüft.

Als Ergebnis dieser Prüfung und unter Zugrundelegung der Feststellungen im übermittelten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hat sich der Aufsichtsrat von der Ordnungsmäßigkeit und sachlichen Unbedenklichkeit überzeugt und den Jahresabschluss 2013 gebilligt. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 ist damit gemäß § 96 Abs. 4 des Aktiengesetzes festgestellt.

Dem Vorschlag des Vorstandes über die Verwendung des Jahresergebnisses schließt sich der Aufsichtsrat an und beantragt eine Beschlussfassung der Hauptversammlung in diesem Sinne.

Überdies hat der Aufsichtsrat in den zur Verfügung gestellten Prüfbericht des Prüftuars Einsicht genommen und festgestellt, dass nach der versicherungsmathematischen Überprüfung der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften jeweils ein uneingeschränkter Vermerk gemäß § 9 Abs. 6 der Prüftuar-Prüfberichtverordnung zuerkannt wurde.

Der Aufsichtsrat dankt abschließend dem Vorstand und den Mitarbeitern für ihre Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Wien, im Mai 2014



Mag. Markus Posch
Vorsitzender des Aufsichtsrates



JEDER ZEIT
DIE RICHTIGE LÖSUNG

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Verleger
VBV-Pensionskasse AG
Obere Donaustraße 49-53, 1020 Wien
Tel: +43 (0)1 / 240 10-0
Fax: +43 (0)1 / 240 10-7261
E-Mail: office@vbv.at
Homepage: www.vbv.at

Firmenbuchnummer:
FN 68567 i, Handelsgericht Wien,
DVR 0641685

Für den Inhalt verantwortlich
Karl Timmel, Mag. Günther Schiendl

Redaktion

Georg Cadek
Cornelia Friedrich, BA
Renate Hahn
Mag. Otto Lauer
Dr. Antony Raynoschek
Barbara Tröstl
Ing. Mag. Martin A. Vörös, MBA
Mag. Dagmar Wagner

Gestaltung, Satz

Silvia Binder

Bei personenbezogenen Bezeichnungen wurde aus Gründen der besseren Lesbarkeit die männliche Bezeichnung gewählt. Selbstverständlich beziehen sich diese auch auf das weibliche Geschlecht.

Wir haben den Geschäftsbericht mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt und die Daten überprüft. Rundungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden.

Druck

Druckerei Bösmüller
Obere Augartenstraße 32, 1020 Wien

Fotos

iStockphoto
Fotos Mitarbeiter VBV: Clemens Bauer (Seite 7)

VBV-Pensionskasse AG
Obere Donaustraße 49-53
1020 Wien
Tel.: 01/240 10-0
Fax: 01/240 10-7261
E-Mail: office@vbv.at
www.vbv.at

Firmensitz Wien FN 68567 i
Handelsgericht Wien
DVR 0641685